

20
22

JAHRESBERICHT
des deutschen Exekutivdirektors
bei der Weltbankgruppe

Kontakt

Executive Director's Office for Germany
The World Bank Group
1818 H Street NW
Washington, DC - 20433 · USA

Telefon: +1 (202) 458-1183

Telefax: +1 (202) 522-0222

Mail: eds05@worldbank.org

Web: www.worldbank.org/eds05

Umschlagfoto Nahaufnahme der Skulptur „*Around the Void V*“ (1969) von Eduardo Chillida (1924-2002)

Bildnachweis Porträts von Michael Krake und GEDO-Team: Weltbank
Porträt von Bundesministerin Svenja Schulze: Bundespresseamt/Steffen Kugler
Fotos von Veranstaltungen: GEDO
Umschlagfoto, Porträt Tammy und Detailaufnahmen: christianthiel.net

Vorwort.....	1
Die Weltbank im Geschäftsjahr 2022	4
Rückblick und Vorausschau.....	10
Krisenreaktion auf die Covid-19-Pandemie.....	11
Ernährungssicherheit	13
Klimaschutz, und globale öffentliche Güter	15
Krisenprävention und fragile Staaten.....	18
Schulden	21
Feministische Entwicklungspolitik.....	23
Chronik.....	24
Jahrestagung 2021.....	25
Frühjahrstagung 2022.....	27
G7-Präsidentschaft Deutschlands.....	28
Weltentwicklungsbericht 2022: „Finance for an Equitable Recovery“	29
Weltentwicklungsbericht 2023 zu Migration.....	29
Veranstaltungen und Treffen	31
Zahlen, Daten, Fakten	38
Überblick: Deutschland in der Weltbankgruppe im Jahr 2022.....	39
Deutsches Personal in der Weltbankgruppe	40
Das Geschäftsjahr 2022 der Weltbankgruppe	42
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/ <i>International Development Association (IBRD)</i> ...	47
Internationale Entwicklungsorganisation/ <i>International Development Association (IDA)</i>	48
Internationale Finanz-Corporation/ <i>International Finance Corporation (IFC)</i>	50
Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur/ <i>Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA)</i>	52
Das Büro des deutschen Exekutivdirektors	53
Zusammensetzung und Stimmrechtsgruppen des Exekutivdirektoriums	54
Weltbank-Mitarbeiterin des Jahres: Tammy.....	56



Vorwort

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Die Weltbank ist für eine große globale Krise pro Jahrzehnt gerüstet, aber nicht für mehrere zur gleichen Zeit.“

Diese Einschätzung habe ich von mehreren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern gehört, als ich im April 2022 die Aufgabe als deutscher Exekutivdirektor bei der Weltbankgruppe übernahm.

Die Hoffnung, dass weltumspannende Krisen künftig erst wieder in zeitlich größerem Abstand erfolgen und nach der Covid-19-Pandemie erstmal eine Art „Normalzustand“ eintreten könnte, hat sich nicht erfüllt. Sie war ohnehin trügerisch, da die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie anhalten und die ganz großen Menschheitsaufgaben Klimaschutz und Stopp des Artensterbens keinen Aufschub dulden. Mit Russlands Krieg gegen die Ukraine und dessen Auswirkungen, insbesondere für die Ernährungssicherung in vielen Regionen der Erde, haben wir schon die nächste sich weiter entfaltende Krise weltweiten Ausmaßes.

Die Weltbankgruppe ist als größte multilaterale Entwicklungsinstitution erstmals in ihrer Geschichte gefordert,

mit mehreren sich gegenseitig verstärkenden, globalen Krisen gleichzeitig umzugehen. Im Geschäftsjahr 2022 hat sie eindrucksvoll gezeigt, dass sie in der Lage ist, schnell, flexibel und – wenn erforderlich – auch unkonventionell zu handeln.



Michael Krake

Zwei Beispiele:

Bereits zehn Tage nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat die Weltbank erste Liquiditätshilfen für die Ukraine im Umfang von knapp 500 Mio. USD mobilisiert und umgehend ausgezahlt. Mittlerweile hat die Weltbank ein Maßnahmenpaket im Wert von rund 13 Mrd. USD geschnürt. Wie auch schon zu Beginn der Covid-19-Pandemie hat die Weltbank gezeigt, dass sie trotz ihrer manchmal allzu komplexen Strukturen agil sein kann.

Während der Frühjahrstagung 2022 forderten die deutsche Weltbank-Gouverneurin, die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze, und Weltbank-Präsident David Malpass ein entschiedeneres Handeln gegen die weltweite Ernährungskrise. Deutschland hat deshalb im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft gemeinsam mit der Weltbank das Bündnis für globale Ernährungssicherheit ins Leben gerufen. Mithilfe dieses Bündnisses wird kurzfristige, flexible und koordinierte Krisenreaktion besser mit der langfristigen Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme verbunden und aufeinander abgestimmt.

Hier zeigt sich der besondere komparative Vorteil der Weltbank in der internationalen Entwicklungsgemeinschaft: Sie kann die schnelle Reaktion auf große Krisen mit langfristigen, nachhaltigen Ansätzen verknüpfen. Diese Verknüpfung ist unerlässlich, wenn wir als Weltgemeinschaft gestärkt und resilienter aus diesen Krisen hervorgehen wollen. Die Weltbank setzt dabei mit ihrem Leitbild einer grünen, resilienten und inklusiven Entwicklung international Maßstäbe.

Entscheidend für die Arbeit der Weltbank bleibt, dieses Leitbild konsequent umzusetzen. Die Bank macht hier Fortschritte, zum Beispiel beim entschlosseneren Ausbau sozialer Sicherungsnetze. Diesen kommt eine zentrale Funktion zu, um in Krisensituationen gerade bei den Ärmsten entstehende Härten abzufedern. Die Weltbank ist mittlerweile auch wesentlich ambitionierter bei der Bekämpfung des Klimawandels. Aber angesichts der Größe der Aufgabe muss sie in ihrer Klimapolitik noch beweisen, dass sie nicht nur konzeptionell, sondern auch in der Umsetzung wirklich auf der Höhe der Zeit ist.

Nicht nur das Beispiel Klima, auch die Lehren aus der Covid-19-Pandemie belegen, dass es an der Zeit ist, die Weltbankgruppe institutionell weiterzuentwickeln. Die Bewältigung „klassischer“ Entwicklungsaufgaben allein reicht nicht mehr. Die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit muss gemeinsam mit dem Schutz globaler öffentlicher Güter wie Klima oder auch Pandemieprävention erfolgen. Hier kann nur „sowohl – als auch“ gelten, nicht „entweder – oder“.

Als neuer Exekutivdirektor bei der Weltbank wird mir nahezu täglich deutlich, dass von Deutschland viel erwartet oder auch erhofft wird. Dabei geht es nicht nur um Finanzierungsbeiträge, sondern vor allem auch um Politikgestaltung. Wie Deutschland sich positioniert und seine politischen Anliegen in die Weltbankgruppe einbringt, beeinflusst auch andere Länder und natürlich das Bank-Management. Mit der deutschen G7-Präsidentschaft haben wir dabei derzeit eine besonders herausgehobene Rolle.

Unser starkes entwicklungspolitisches Profil wird geschätzt. Ein Ausdruck davon ist das bei der Jahrestagung 2021 unterzeichnete Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Weltbank. Wir füllen es durch eine noch engere Zusammenarbeit, insbesondere vor Ort in den Partnerländern, mit Leben.

Die Weltbankgruppe ist bei Weitem keine perfekte multilaterale Institution. Dies spiegelt sich im täglichen Ringen zwischen Weltbankdirektorium und -management. Dauerthemen sind die deutlich ausbaufähige Rechenschaft über langfristige Wirkungen des Weltbank-Engagements, die oftmals zu geringe Bereitschaft der Bank, sich auf echte Partnerschaften mit anderen Institutionen einzulassen, und eine zu wenig ausgeprägte Fehlerkultur. Zugleich zeigt sich in Zeiten multipler Krisen und vielfältiger Unsicherheiten, dass die Weltbankgruppe die derzeit handlungsfähigste multilaterale Akteurin zur Bewältigung globaler Herausforderungen ist. Keine andere Institution verfügt über ein derart breites Mandat sowie eine solch starke Länderpräsenz und Finanzierungskraft, um auf die Krisen unserer Zeit reagieren zu können. Hinzu kommt ihr immenser Wissens- und Erfahrungsschatz.

Ob die Weltbankgruppe in der Lage sein wird, wirklich dauerhaft einen starken Beitrag zur Bewältigung gleichzeitig stattfindender globaler Krisen zu leisten, ist keine ausgemachte Sache. Letztlich hängt dies von ihren Anteilseignern ab – den 189 Staaten, denen die Weltbankgruppe „gehört“. Sie müssen gemeinsam den ausreichenden politischen Willen aufbringen, damit die Weltbank mehr als nur einer weltweiten Krise kraftvoll begegnen kann.

Im Büro des deutschen Exekutivdirektors sind wir uns einig, dass es sich lohnt, daran mitzuarbeiten, die Weltbankgruppe weiter zu verbessern und zu stärken. Wir hoffen, dass Ihnen unser Jahresbericht interessante Einblicke bietet. Nutzen Sie mein Büro und mich gerne, falls Sie weitere Informationen wünschen oder Anregungen haben.

Washington, D.C. im September 2022



Deutscher Exekutivdirektor
bei der Weltbankgruppe

The background of the slide is a blurred photograph of a person's face, likely a woman, looking towards the camera. The image is out of focus, creating a soft, ethereal effect. A solid yellow vertical bar is positioned on the left side of the slide.

Die
Weltbank im
Geschäftsjahr 2022

DIE WELTBANK IM GESCHÄFTSJAHR 2022

Wenngleich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Weltbank-Zentrale in Washington, D.C. in den letzten Monaten schrittweise wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren konnten, prägten die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie das Geschäftsjahr 2022 der Weltbankgruppe¹ weiterhin. Diese wurden weltweit unter anderem durch verschärfte Armut und Ungleichheit, makroökonomische Ungleichgewichte, unterbrochene Lieferketten sowie eine gestiegene Ver- und Überschuldung von Staaten spürbar. Im vergangenen Jahr traten neue Herausforderungen hinzu: deutlich eingetrübte wirtschaftliche Aussichten weltweit und Sorgen vor einer möglichen Rezession, steigende Zinsen sowie der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine mit vielerorts dramatischen Folgen für die Ernährungssicherheit und die Energiepreise.

Nach einer kurzfristigen Erholung im Jahr 2021 wird sich das Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2022 im Lichte der anhaltenden Pandemie und sich überlagernder Krisen nach Prognosen der Weltbank auf 2,9 Prozent verlangsamen.² Gestiegene Lebensmittel- und Rohstoffpreise infolge des Überfalls Russlands auf die Ukraine sowie steigende Zinsen erhöhen den wirtschaftlichen Druck

auf Entwicklungsländer. Ihr fiskalischer Spielraum ist damit – auch eingedenk der teils hohen Staatsverschuldung – merklich eingeschränkt.

Russland und die Ukraine gehören zu den wichtigsten Produzenten von Weizen und Düngemitteln auf der Welt. Mit Ausbruch des Krieges haben sich die Preise für Weizen massiv erhöht und lagen beispielsweise im Juni 2022 um 19 Prozent höher als im Januar des Vorjahres. Auch die Preise für die in der Landwirtschaft benötigten Düngemittel stiegen seither. Darüber hinaus zogen die Energiepreise signifikant an. Einige Staaten versuchten mittels Ausfuhrbeschränkungen für Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte die vorrangige Versorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen. Durch diese Maßnahmen wurde die globale Ernährungs Krise jedoch weiter befeuert. Von den daraus resultierenden Preiserhöhungen sind insbesondere Menschen in extremer Armut betroffen, die mit rund zwei Dritteln³ einen weit höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Lebensmittel ausgeben müssen als reichere Haushalte. Während der Frühjahrstagung 2022 von Internationalem Währungsfonds und Weltbank hatten Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze und Weltbank-Präsident David Malpass ein entschiedeneres Handeln in der Reaktion auf die Ernährungs Krise eingefordert. Mit der Gründung des breit unterstützten Bündnisses für globale

¹ Das Fiskaljahr 2022 der Weltbank umfasst den Zeitraum von Juli 2021 bis Juni 2022.

² Vgl. World Bank Group: Global Economic Prospects, June 2022, abrufbar unter <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/37224>

³ Vgl. <https://blogs.worldbank.org/opendata/pandemic-prices-and-poverty>

Ernährungssicherheit während des G7-Treffens⁴ der Entwicklungsministerinnen und -minister im Mai 2022 in Berlin wurde diese Forderung sichtbar flankiert.

Die Weltbank hat auf die vielfältigen Herausforderungen mit einem umfangreichen Paket zur Krisenreaktion geantwortet. Im Fiskaljahr 2022 wurden Vorhaben in Höhe von knapp 71 Mrd. USD⁵ finanziert – ein Rekordwert in der Geschichte der Bank. Der Privatsektorarm der Weltbank, die *International Finance Corporation* (IFC), wies mit Zusagen in Höhe von 32,8 Mrd. USD ebenfalls ein starkes Geschäftsjahr aus. Flankiert wurde das Engagement mit Garantien in Höhe von 4,9 Mrd. USD durch die *Multilateral Investment Guarantee Agency* (MIGA). Damit konnte die Weltbankgruppe einmal mehr ihre Handlungsfähigkeit in Zeiten der Krise eindrucksvoll unter Beweis stellen. Die Kapitalerhöhung der *International Bank for Reconstruction and Development* (IBRD) im Jahr 2018 und die vorgezogene zwanzigste Wiederauffüllung der *International Development Association*⁶ (IDA20) im Dezember 2021 mit einem historischen Zusagenumfang von 93 Mrd. USD gaben ihr hierfür die nötigen Mittel an die Hand. Für die Monate April 2022 bis Juni 2023 plant die Bank, Mittel im Umfang von 170 Mrd. USD (*Surge Financing*) zur Krisenreaktion auszugeben. Ein Großteil dieser Gelder soll in Vorhaben zur Ernährungssicherung, für die Versorgung von Flüchtlingen, zur Gesundheitsvorsorge und in Klimamaßnahmen fließen.

ZENTRALE GESTALTUNGSBEITRÄGE DEUTSCHLANDS IM FISKALJAHR 2022

- Erstmals legte die Weltbank **Klimarisiken in ihrem Jahresbericht** offen. Deutschland hatte hierfür seit mehreren Jahren eindringlich geworben.
- Auf deutsche Initiative hin wurde ein **Bündnis für globale Ernährungssicherheit** zur besseren Koordinierung des internationalen Engagements gegen Hunger gegründet.
- Mit einer **Rekordeinzahlung** in Höhe von über 1,6 Mrd. EUR beteiligte sich Deutschland an der höchsten **Wiederauffüllung** in der Geschichte der **International Development Association** (IDA). Die IDA unterstützt die ärmsten Entwicklungsländer der Welt.
- Wir gaben den **Anstoß zu einer neuen Kooperation zwischen der Weltbank und der globalen Impfstoffinitiative COVAX**. Finanziert durch die Weltbank, können Länder bei COVAX seither zusätzliche Impfstoffe entsprechend ihrer Bedarfe bestellen.
- In der **Aufarbeitung des Skandals um den Doing Business Report** konnten wir bewirken, dass eine bankinterne **Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Arbeits- und Organisationskultur** eingesetzt wurde.
- Nach einer maßgeblich von Deutschland vorangetriebenen, über zweijährigen Diskussion verabschiedete die Weltbank eine **interne Politikrichtlinie**, nach der die **Finanzierung von Vorhaben über sogenannte Offshore-Finanzzentren vermieden** werden soll.

⁴ Die G7-Länder sind Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika.

⁵ Vorhaben der *International Bank for Reconstruction and Development* (IBRD) und der *International Development Association* (IDA)

⁶ Die *International Development Association* ist der Weltbankfonds für die ärmsten Entwicklungsländer.

Zur Unterstützung der Ukraine nach dem Angriff durch Russland hat die Weltbank ein Maßnahmenpaket im Umfang von 13 Mrd. USD verabschiedet. Hieraus werden in erster Linie Vorhaben finanziert, die der Bevölkerung zugutekommen, zum Beispiel in den Bereichen Wasser- und Energieversorgung, Gesundheit, Bildung oder soziale Sicherung.

Trotz sich überlagernder Krisen und der erforderlichen Reaktion hierauf darf die Bank strategische Fragen zu Ausrichtung und Geschäftsmodell nicht aus dem Blick verlieren. Die stärkere Fokussierung auf fragile und die wenigsten entwickelten Länder ist insofern folgerichtig, als dass hier die größten Entwicklungswirkungen erzielt werden können. Allerdings müssen die hierbei einzugehenden Risiken – entwicklungspolitisch wie geschäftlich – gut begründet sein. Überdies dürfen dabei die Mitteleinkommensländer mit ihren nach wie vor bestehenden Entwicklungsbedarfen und angesichts ihrer globalen Bedeutung nicht vergessen werden. Deutschland wird im Exekutivdirektorium weiterhin darauf achten, dass die Weltbank hier die richtige Balance findet. Die umfangreiche Krisenreaktion der Weltbank war notgedrungen mit einer deutlich verkürzten Vorbereitungs- und Prüfungsphase für Vorhaben verbunden. Hier müssen wir bereits heute in Betracht ziehen, dass die Anzahl der Projekte zunehmen wird, bei denen Probleme zutage treten. In deren künftiger Beurteilung müssen wir die außergewöhnlichen Umstände bedenken, die während der Pandemie in den Partnerländern, aber auch mit Blick auf die Arbeitsumstände der Bank herrschten.

Ähnliches gilt für die strukturell stärkere Ausrichtung von IFC und MIGA auf neue Regionen und Länder sowie die Entwicklung neuer Produkte. Es ist zu erwarten, dass dieses Neugeschäft Lehrgeld kosten wird. Als deutsche Anteilseigner haben wir diese Neuausrichtung mit eingefordert. Daher sollten wir dem Management der Weltbank künftig in jenen Fällen den Rücken stärken, in denen sich mit Blick auf potenzielle Entwicklungswirkungen bewusst eingegangene Risiken materialisieren.

Zugleich kann aber das finanzielle Volumen für Unterstützungsmaßnahmen nicht alleiniger Maßstab für den Erfolg der Weltbank sein. Entscheidender sind die Resultate vor Ort und langfristige Entwicklungswirkungen (*Outcomes*) in den Partnerländern. Ein Anliegen Deutschlands in der Weltbank ist eine Stärkung dieser Orientierung auf Langfristziele (*Outcome Orientation*). Gemeinsam mit gleichgesinnten Anteilseignern werden wir daher weiter um den entsprechenden Ausbau der bankinternen Anreizstrukturen werben.

Nicht erst die globale Klimakrise, die Zunahme von staatlicher Fragilität und Konflikten oder die Covid-19-Pandemie zeigen eindringlich, dass globale öffentliche Güter wie Frieden und Sicherheit, ein intaktes Klima und Biodiversität oder die öffentliche Gesundheit bedroht sind. Deutschland fordert daher seit mehreren Jahren, dass die Weltbank in ihrer Arbeit globale öffentliche Güter stärker in den Blick nehmen muss. Hierfür ist sie nicht nur aufgrund ihrer finanziellen Schlagkraft und globalen Reichweite einmalig positioniert, sondern auch aufgrund ihres immensen Wissens- und Erfahrungsschatzes. Die Weltbank muss jedoch



Bundesentwicklungsministerin und Weltbank-Gouverneurin Svenja Schulze

durch operative Anpassungen einen klareren Fokus auf Projekte mit globaler Wirkung legen und dabei auch noch attraktiver für Mitteleinkommensländer werden, da diese ihre Finanzdienstleistungen in geringerem Umfang oder gar nicht (mehr) in Anspruch nehmen. Sie sollte daher ihre Wissens- und Analyseprodukte ausbauen und ihr Wissen noch stärker systematisieren, um zu einer modernen globalen Wissensbank zu werden.

Die Klimaagenda der Weltbank ist einer der von uns eng verfolgten Schwerpunktbereiche. Der von der Bank im Frühjahr 2021 veröffentlichte *Climate Change Action Plan* (CCAP) für die Jahre 2021 bis 2025 wird momentan auf Länderebene unter anderem mittels der *Country Climate and Development Reports* (CCDR) umgesetzt. Noch im Laufe des Jahres 2022 sollen über 20 dieser länderspezifischen Analysen vorgelegt werden. Diese sollen anhand detaillierter Daten die Potenziale der Partnerländer für die Reduzierung von Treibhausgasen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel identifizieren. Gleichzeitig erhöhte die Weltbank im Zuge der Umsetzung ihrer Selbstverpflichtungen aus dem CCAP die finanziellen Beiträge für Klimamaßnahmen von 14,4 Mrd. USD im Fiskaljahr 2019 auf 26 Mrd. USD im Fiskaljahr 2022. Auch die IFC übertraf mit 4,4 Mrd. USD ihren Klimafinanzierungsbeitrag aus dem Vorjahr.

Die Aufarbeitung der Manipulationen im *Doing Business Report* wurde im zurückliegenden Jahr fortgeführt. Hierfür wurde unter anderem eine externe Anwaltskanzlei mit einem Untersuchungsbericht beauftragt. Eine Priorität Deutschlands ist es, dass die Weltbank die richtigen Konsequenzen aus dem

Skandal zieht. Hierbei setzen wir zum einen auf eine Änderung der Arbeitskultur innerhalb der Bank. Diese muss offener werden und mit interner Kritik konstruktiver umgehen. Wir haben die Weltbank daher gemeinsam mit einer breiten Gruppe weiterer Anteilseigner dazu aufgefordert, einen Aktionsplan zur Verbesserung der Arbeitskultur vorzulegen. Zum anderen muss die Methodologie des Nachfolgeprodukts für den *Doing Business Report* derart verbessert werden, dass ein Verfälschen der Ergebnisse verhindert wird.

Svenja Schulze übernahm im Dezember 2021 das Amt der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ist seither zugleich neue deutsche Gouverneurin der Weltbank.

Nach ihrem Amtsantritt identifizierte sie vier entwicklungspolitische Schwerpunktthemen:

1. Künftige Pandemien vermeiden und Gesundheitssysteme stärken.
2. Strukturelle Ursachen von Hunger, Armut und Ungleichheit bekämpfen.
3. Sozial gerechte Antworten für die globale Herausforderung des Klimawandels im Rahmen einer *Just Transition* finden.

4. Eine feministische Entwicklungspolitik verfolgen, die einen zentralen Beitrag zu Gerechtigkeit und Krisenprävention leistet.

Diese vier Prioritäten sind auch für das Büro des deutschen Exekutivdirektors bei der Weltbank handlungsleitend und knüpfen vielfältig an die bisherige Arbeit Deutschlands innerhalb der Bank an.

Im April 2022 ist mit Michael Krake ein neuer deutscher Exekutivdirektor bei der Weltbank von Bundesentwicklungsministerin Schulze berufen worden.

Am 1. Januar 2022 übernahm Deutschland die G7-Präsidentschaft. Unter dem Motto „Fortschritt für eine gerechte Welt“ stehen entwicklungspolitische Themen besonders im Fokus. Der Schwerpunkt hierbei liegt auf der Unterstützung für Partnerländer bei der Bewältigung der Klima- und Ernährungskrise. Zudem wurden die Grundsteine für Energiewende-Partnerschaften mit ausgewählten Schwellenländern gelegt. Deutschland hat die Weltbank aufgrund ihrer Erfahrung und Finanzkraft in den Aufbau dieser Partnerschaften eng eingebunden, mit denen der Kohleausstieg und der Ausbau erneuerbarer Energien gefördert werden.



Rückblick und Vorausschau

RÜCKBLICK UND VORAUSSCHAU

Krisenreaktion auf die Covid-19-Pandemie

Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie standen auch im letzten Jahr weiterhin im Fokus der Weltbank. Seit Ausbruch der Pandemie hat die Weltbank insgesamt 269 Mrd. USD zu ihrer Eindämmung und zur Abmilderung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen ausgezahlt. Allein 50 Mrd. USD hiervon flossen während des letzten Quartals des Fiskaljahres 2022.

Die Umsetzung ihres Programms für die Impfstoffentwicklung und -verteilung blieb eine zentrale Aktivität der Bank im Berichtszeitraum. Nachdem sie zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 als Sofortmaßnahme zunächst 6 Mrd. USD für erste medizinische Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und für Vorhaben zur sozialen Sicherung zugesagt hatte, weitete sie ihr Programm zügig aus. Von den seither zusätzlich bereitgestellten bis zu 20 Mrd. USD sind bis Juni 2022 insgesamt 14,2 Mrd. USD für Vorhaben zugesagt worden, davon 9,9 Mrd. USD für Impfstoffe.

Ein Kernanliegen Deutschlands im Hinblick auf die Pandemiereaktion der Weltbank war deren bessere Integration

WELTWEITE ENTWICKLUNGSRÜCKSCHLÄGE DURCH COVID-19

- **6,5 Mio. Menschen starben** durch die Pandemie.
- Die **Zahl akut hungernder Menschen verdoppelte sich** von 135 Mio. im Jahr 2020 auf 276 Mio. im Jahr 2022.
- 120 Mio. Menschen wurden neu in Armut gedrängt.
- 114 Mio. Menschen verloren ihren Arbeitsplatz.
- **1,6 Mrd. Schülerinnen und Schüler** waren **von Schulschließungen betroffen**, die im Durchschnitt 224 Tage dauerten.
- Über **370 Mio. Schulkinder verpassten aufgrund geschlossener Schulspeisungen häufig ihre wichtigste Mahlzeit des Tages**.
- **Fälle häuslicher Gewalt**, insbesondere gegen Frauen und Mädchen, nahmen zu.

in bestehende globale Strukturen. Auf Initiative Deutschlands und durch starken gemeinsamen Druck mit den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinigten Königreich gelang es schließlich, dass die Bank ihre Impfstofffinanzierung auch über die globale COVAX-Initiative⁷ abwickeln kann.

⁷ Initiative für den weltweiten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen (COVID-19 Vaccines Global Access, abgekürzt „COVAX“)

Mit der Ausweitung von Produktionskapazitäten konnte bis Ende des Jahres 2021 der lange bestehenden globalen Angebotsknappheit bei Impfstoffen begegnet werden. Zugleich stellten jedoch Impfskepsis sowie logistische Einschränkungen bei der Lieferung von Vakzinen in ländliche Gegenden neue Herausforderungen dar. Gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization, WHO*), dem Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation (*World Trade Organization, WTO*) richtete die Weltbank eine *Multilateral Leaders Task Force* zur Optimierung der Beschaffung und Verteilung von Impfstoffen sowie zur adäquaten Datenaufbereitung ein.

Ein Bericht der G20 zur globalen Finanzierung der Pandemievorsorge und -reaktion⁸ sowie gemeinsame Analysen von WHO und Weltbank identifizierten Lücken in den globalen

Anstrengungen zur Vermeidung von und Reaktion auf Pandemien. Um diesen Lücken zu begegnen, trieb die Weltbank die Errichtung eines *Financial Intermediary Fund for Pandemic Prevention, Preparedness and Response* voran. Der Fonds wird bei der Weltbank als Treuhänderin und Sekretariat angesiedelt und soll Partnerländern langfristig zusätzliche Mittel für die Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion zur Verfügung stellen. Die konkreten Aufgaben dieses am 30. Juni 2022 vom Exekutivdirektorium gebilligten Fonds werden auf Basis wissenschaftlicher Beratung und unter enger Einbindung der WHO noch spezifiziert. Fest steht allerdings bereits, dass die Schaffung von Anreizen für stärkere Investitionen in die Pandemievorsorge sowie eine verbesserte regionale und globale Kooperation zentral verankert werden. Der Fonds verfügt bereits über Geberzusagen im Umfang von rund 1,1 Mrd. USD, darunter eine Zusage Deutschlands in Höhe von 50 Mio. EUR.

⁸ *Report of the G20 High Level Independent Panel on Financing the Global Commons for Pandemic Preparedness and Response*, abrufbar unter <https://pandemic-financing.org/report/>

Ernährungssicherheit

Etwa 811 Mio. Menschen weltweit sind von Hunger und Unterernährung betroffen. Der Klimawandel und die Covid-19-Pandemie trugen und tragen weiterhin zu dieser Krise bei. Die Bekämpfung von Hunger und Unterernährung stand daher bereits seit mehreren Jahren mit im Fokus der Arbeit des deutschen Exekutivdirektors bei der Weltbank. Um Wege hin zu nachhaltigen und zukunftsfesten globalen Ernährungssystemen zu diskutieren, richteten die Vereinten Nationen im September 2021 den *United Nations Food Systems Summit* aus. Ergebnis des Gipfels war u. a. die Formulierung von Vorschlägen aller beteiligten Interessengruppen – unter anderem Agrarproduzentinnen und -produzenten, Angehörige indigener Gruppen und Nichtregierungsorganisationen – für den Umbau der Ernährungssysteme⁹. Diese Vorschläge wurden in fünf Handlungsfeldern (*Action Tracks*), zum Beispiel „Zugang zu Nahrung für alle“, „Nachhaltiger Konsum“ oder „Naturorientierte Produktion“, gebündelt und sollen eine Orientierung für notwendige Reformschritte bieten.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 spitzte die globale Ernährungskrise nochmals zu, da bis zu 47 Mio. Menschen zusätzlich in akute Ernährungsunsicherheit gedrängt wurden. Russland setzt den Hunger dabei gezielt als Waffe und Druckmittel ein, da Hunger potenziell auch zu politischen Unruhen führen kann.

Russland und die Ukraine gehören zu den größten Weizenexporteuren der Erde: Fast 20 Prozent des

2021 weltweit exportierten Weizens gediehen auf russischen Feldern. Durch den russischen Angriffskrieg schnellten die Weizenpreise in die Höhe. Für gut ein Drittel der Menschheit gehört Weizen zu den wichtigsten Grundnahrungsmitteln. Abnehmerländer wie der Libanon, Kenia oder Ägypten, die ohnehin schon von starker Inflation bei den Lebensmittelpreisen betroffen waren, gerieten in Versorgungsnot. Unter den hohen Preisanstiegen bei Nahrungsmitteln leiden arme Bevölkerungsschichten besonders stark, da sie einen großen Teil ihres verfügbaren Einkommens für die Ernährung aufwenden müssen. Verheerend droht die Lage für Flüchtlinge zu werden. Das Welternährungsprogramm (*World Food Programme, WFP*) berichtete, dass es die Tagesrationen für deren Lebensmittelversorgung zum Beispiel in Flüchtlingscamps um bis zu 50 Prozent habe kürzen müssen.

Erdöl und Erdgas sowie die für die Düngemittelproduktion unerlässlichen Grundstoffe Kali, Phosphat und Stickstoff werden ebenfalls zu einem Großteil in Russland produziert. Mit Beginn des Krieges traten eine Verknappung und Verteuerung dieser Güter ein. Diese schlugen sich nicht nur auf die Lebensmittelpreise nieder, sondern aufgrund höherer Treibstoff- und Transportkosten ebenso auf die Preise vieler anderer Produkte. Als Reaktion auf die verschärfte Ernährungskrise kündigte die Weltbank ein Hilfspaket zur Stärkung der weltweiten Ernährungssicherheit im Umfang von 30 Mrd. USD an. Dessen Mittel sollen in Projekte für Landwirtschaft

⁹ Vgl. <https://foodsystms.community/game-changing-propositions/>

und Bewässerung, Ernährung, Wasserversorgung und soziale Sicherung fließen. Neben bestehenden Vorhaben umfasst dieses Paket Neuvorhaben im Wert von 12 Mrd. USD. Deutschland hatte in der Diskussion zu den geplanten Unterstützungsmaßnahmen insbesondere darauf hingewiesen, dass mit dem Hilfspaket neben der Soforthilfe auch die langfristigen Ursachen von Hunger und Unterernährung adressiert werden müssen. Hierzu zählen neben einer klimaresilienten und emissionsarmen Landwirtschaft sowie der nachhaltigen Bewirtschaftung von Böden beispielsweise auch der Schutz und die Einrichtung stabiler Lieferketten.

Die Frühjahrstagung 2022 von Internationalem Währungsfonds und Weltbank nutzte die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze, um ein stärkeres globales Engagement zur

Bekämpfung des Hungers einzufordern. Im Rahmen einer Veranstaltung unter dem Titel „*Accelerating Action for Food Security and Resilience*“ brachte Deutschland gemeinsam mit der Weltbank alle relevanten Akteure – betroffene Länder und Geber, die Privatwirtschaft und VN-Organisationen – zusammen und kündigte Maßnahmen zur Stärkung der weltweiten Ernährungssicherheit an. Diese Ankündigung nahm mit Unterstützung der Weltbank schnell Gestalt an: Während des Treffens der G7-Entwicklungsministerinnen und -minister im Mai 2022 wurde das Bündnis für globale Ernährungssicherheit (*Global Alliance for Food Security, GAFS*) gegründet. Als agile Plattform für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sorgt das Bündnis für eine bessere Koordinierung der vielfältigen Akteure sowie dafür, dass dem Thema auch künftig die nötige politische Aufmerksamkeit zuteilwird.

Klimaschutz, und globale öffentliche Güter

Seit vielen Jahren setzt sich Deutschland innerhalb der Weltbank dafür ein, dass globale öffentliche Güter (*Global Public Goods*, GPGs) wie Frieden und Sicherheit, ein intaktes Klima und Biodiversität oder die öffentliche Gesundheit in ihrer Arbeit stärker berücksichtigt werden. Als einen Erfolg unserer Bemühungen können wir verbuchen, dass die Weltbank im Rahmen ihrer IBRD-Kapitalerhöhung im Jahr 2018 einen Fonds für innovative GPG-Lösungen (*Fund for Innovative Global Public Goods Solutions*, kurz: „GPG Fund“) eingerichtet hat. Dieser GPG Fund erhält in der Regel jährlich eine Zuwendung aus den Gewinnen der Bank; im Fiskaljahr 2022 betrug diese 20 Mio. USD. Die größte Herausforderung in der Arbeit der Weltbank mit Blick auf globale öffentliche Güter ist ihr länderbasiertes Geschäftsmodell. Da es auf die Nachfrage der Kundenländer ausgerichtet ist, priorisieren Regierungen verständlicherweise häufig ihre nationalen Entwicklungsziele. Diese Ziele sind aber nicht immer deckungsgleich mit dem Schutz oder der Herstellung globaler öffentlicher Güter, da ihrem globalen Nutzen nationale Kosten gegenüberstehen. Um die gewaltigen globalen Transformationsherausforderungen zu stemmen, bedarf es daher stärkerer Anreize für Investitionen in GPGs. Aufgrund ihrer Finanzkraft und ihrer Fähigkeit, relevante Akteure für globale Initiativen zusammenzubringen (*Convening Power*), ist die Weltbank eine der wenigen

internationalen Institutionen, die in der Lage sind, grenzüberschreitenden Herausforderungen umfassend zu begegnen.

Angesichts vielfältiger grenzüberschreitender Krisen wie der Covid-19-Pandemie, des Klimawandels, des Biodiversitätsverlusts oder zunehmender staatlicher Fragilität – alle gewissermaßen *Global Public Bads* – hat die Diskussion unter den Anteilseignern über eine stärkere Verankerung von GPG-Prinzipien in der Arbeit der Bank weiter an Dynamik gewonnen. In einem Strategiepapier zur Jahrestagung 2021¹⁰ stellte die Bank die Schritte zur Umsetzung ihres *Green, Resilient and Inclusive Development*-Ansatzes (GRID) vor. Darin wurde auf Druck Deutschlands ein deutliches Bekenntnis zur stärkeren Verankerung von GPGs im Rahmen der Länderarbeit formuliert.

Aufbauend auf diesem Strategiepapier diskutieren das Management der Weltbank und Anteilseigner derzeit verschiedene Reformoptionen für das bestehende Geschäftsmodell. Dabei wird deutlich, dass es institutioneller, operativer und finanzieller Anpassungen bedarf, um die Anreize der Kundenländer und des Weltbank-Stabs noch zielgenauer auf die GPG-Agenda auszurichten und damit gleichzeitig die sog. *Twin Goals* der Bank¹¹ zu unterstützen. Diesen Reformprozess im engen

¹⁰ *World Bank Group Development Committee: WBG Financing for Green, Resilient and Inclusive Development: Towards A Post-Pandemic Approach*, abrufbar unter <https://www.devcommittee.org/sites/dc/files/download/Documents/2021-09/DC2021-0007%20Final%20GRID%20paper.pdf>

¹¹ Die zwei übergeordneten Ziele der Bank lauten: „Extreme Armut weltweit bis zum Jahr 2030 beenden“ („*End Poverty*“) und „Verbesserung der Lebensbedingungen für die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung in allen Entwicklungsländern“ („*Shared Prosperity*“).

Schulterschluss mit anderen Anteilseignern weiter voranzutreiben, bleibt eine Priorität Deutschlands in der Arbeit innerhalb der Weltbank.

Ein globales öffentliches Gut ist das Weltklima. Die Weltbank trägt bereits mit vielen Vorhaben zur Minderung der Ursachen des Klimawandels und zur Anpassung an dessen Folgen bei. Weitere Anstrengungen sind jedoch nötig. Ein zentraler Baustein in diesen Anstrengungen wird auch künftig der Umstieg in der Energieversorgung von fossilen auf erneuerbare Energien sein. Die Diskussion, wie diese Energiewende sozialverträglich gestaltet werden kann (*Just Energy Transition*), nahm im Fiskaljahr 2022 breiten Raum ein. Dabei wurden unter anderem die Herausforderungen und Potenziale einer gerechten Energiewende, die weltweit steigenden Energiepreise, Gefährdungen der Energiesicherheit sowie der Beitrag der Weltbankgruppe zur Förderung erneuerbarer Energien und eines gerechten Energiezugangs beleuchtet. Darüber hinaus wurde die bestehende Finanzierungslücke bei der Förderung erneuerbarer Energien ebenso erörtert wie die Frage, wie jene Bevölkerungsgruppen und Beschäftigte unterstützt werden können, die vom Strukturwandel im Zuge der Energiewende betroffen sein werden.

Grundsätzlich herrscht in der Weltbankgruppe das allgemeine Einverständnis, dass Vorhaben, in denen Gas zur Energieerzeugung eingesetzt wird, als Übergangstechnologie gefördert werden können. Voraussetzung dabei ist jedoch, dass diese Vorhaben die

Kriterien des Klimaaktionsplans der Weltbank (*Climate Change Action Plan, CCAP*) erfüllen müssen. Diese schreiben vor, dass die Förderung von Gasprojekten möglich sein kann, wenn keine tragfähigen Alternativen vorhanden sind, die Investition im Einklang mit einer Strategie des Partnerlandes zur Reduzierung des Kohlendioxid ausstoßes (Dekarbonisierung) steht und *Lock-in-Effekte*¹² vermieden werden. Gleichzeitig positionieren sich die Anteilseigner innerhalb eines weiten Meinungsspektrums. Insbesondere viele Partnerländer heben ihren fehlenden Energiezugang als ein zentrales Entwicklungshemmnis und die Notwendigkeit eines Zugangs zu bezahlbaren Energien für alle hervor. Überdies verweisen sie häufig auf ihren geringen Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen. Deutschland setzt sich zusammen mit gleichgesinnten Anteilseignern dafür ein, dass die Verbesserung des Energiezugangs von Partnerländern an klare Schritte zur Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen gekoppelt wird und eine Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien erfolgt.

Angesichts der sich weiter zuspitzenden Energiekrise werden wir uns verstärkt dafür einsetzen, dass die Weltbankgruppe die Förderung von Energiesicherheit eng mit dem Ausbau erneuerbarer Energien verknüpft. Dabei sehen wir die Weltbank in einer führenden Rolle bei der Gestaltung von Transformationsprozessen und insbesondere bei der Unterstützung der vom Strukturwandel betroffenen Menschen, zum Beispiel mittels Umschulungen in zukunftssichere Tätigkeiten.

¹² Von *Lock-in-Effekten* wird gesprochen, wenn die Kosten für einen Umstieg so hoch sind, dass dieser Umstieg unattraktiv oder gar unwirtschaftlich wird.

Lieferkettenengpässe und Elektrizitätslieferverträge mit sehr niedrigen Strompreisen aus Zeiten vor der Pandemie stellten den weltweiten Ausbau erneuerbarer Energien – und hierbei namentlich der Solarenergie – im zurückliegenden Fiskaljahr vor spezielle Herausforderungen. Ein besonderes Augenmerk richtete sich überdies auf die Nachverfolgbarkeit der Herkunft einzelner Bauteile in der Lieferkette für Solarpaneele. Hintergrund hierfür waren gehäufte Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen in der chinesischen Provinz Xinjiang bei der Produktion des für die Herstellung von Solarpaneelen benötigten Polysiliziums. Auch auf deutschen Druck hin hat die Weltbank im März 2022 einen Plan vorgelegt, wie sie in ihren Vorhaben die Lieferkettentransparenz bei der Herstellung von Solarpaneelen sicherstellen will. Wesentliche Forderungen unsererseits neben einer lückenlosen Nachverfolgbarkeit waren Vor-Ort-Inspektionen und Beschwerdemechanismen, die im Einklang mit den VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte stehen.

In ihrem Jahresbericht 2022 wird die Weltbank erstmals¹³ klimabezogene Finanzinformationen zu ihren Geschäftszahlen veröffentlichen. Unter anderem Deutschland hatte seit einigen Jahren diese Art der Offenlegung gefordert. Die Bank orientiert sich dabei an den Empfehlungen der *Task Force on Climate-Related Financial Disclosures* (TCFD), die derzeit ein umfassendes Rahmenwerk zu klimabezogener Finanzberichterstattung erarbeitet.

Deutschland warb in den letzten Jahren ebenfalls beharrlich für die Ermittlung der für die Weltbank relevanten Risiken, die durch den Klimawandel verursacht werden könnten. Im internen Jahresrisikobericht 2022 der Bank präsentierte sie erstmals einen entsprechenden Klima-Stresstest, der auf simulierten Szenarien basiert. Hierbei zeigte sich, dass je nach Szenario bis zu 13 IBRD-Länder und 27 IDA-Länder in den kommenden zehn Jahren eine Herabstufung ihrer Bonität erfahren könnten. Derart umfangreiche Herabstufungen könnten sich negativ auf die Qualität des Kreditportfolios und damit auch auf die Ausleihkonditionen der Weltbank auswirken.

¹³ IFC und MIGA stellen bereits seit einigen Jahren Finanzinformationen nach den TCFD-Empfehlungen bereit.

Krisenprävention und fragile Staaten

Afghanistan, Burkina Faso, Myanmar, Äthiopien, der Jemen und die Ukraine – die Liste der Staaten, die als von Konflikten betroffen oder fragil gelten, ist so lang wie divers. Fragilität, Konflikte und Gewalt stellen das Engagement der Weltbank vor besondere Herausforderungen, da sie Armut und damit die Anzahl bedürftiger Menschen erhöhen. Gleichzeitig erschweren sie den Zugang für die Versorgung dieser Menschen mitunter deutlich. Es wird prognostiziert, dass im Jahr 2030 zwei Drittel der weltweit unter der Armutsgrenze lebenden Menschen von Fragilität und Konflikten betroffen sein werden. Die *Twin Goals* der Weltbank können daher langfristig nur erreicht werden, wenn die Weltbank auch in diesen herausfordernden Kontexten engagiert bleibt.

Zwei Jahre nach Verabschiedung der Weltbank-Strategie zu Fragilität, Konflikt und Gewalt¹⁴ zeigt sich, dass diese sich in der Praxis bewährt hat und weiterhin relevant bleibt. Anderen Institutionen gilt sie als Leuchtturm für innovative und pragmatische Ansätze in der Arbeit in diesen herausfordernden Umständen. Dennoch setzen wir uns nach wie vor dafür ein, die Strategie regelmäßig daraufhin zu prüfen, ob sie den sich beständig ändernden Realitäten gerecht wird. Zudem kann kein Konflikt als Blaupause für einen anderen dienen. Daher fordern wir, die Handlungsoptionen für das Engagement der Bank in fragilen oder von Konflikten betroffenen Situationen am jeweiligen Einzelfall zu prüfen.

In Gesprächen mit dem Management der Weltbank sowie in den Sitzungen des Exekutivdirektoriums haben wir zwei Schnittstellen der Strategie prominent in den Fokus gestellt: zum einen die Verbindung von Fragilität und Konflikten mit Klimafragen und zum anderen das Thema Geschlechtergerechtigkeit in Krisen und Konflikten. Sowohl in Gewalt- und Konfliktsituationen als auch während Krisen wie beispielsweise der Covid-19-Pandemie ist eine Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verzeichnen. Hier gilt es, Präventionsmaßnahmen zu stärken. Gleichzeitig sind Frauen erwiesenermaßen¹⁵ wichtige Akteurinnen in der Verhütung und Lösung von Konflikten. Die Weltbank sollte ihre Unterstützung noch stärker darauf richten, ihre umfassende Beteiligung sicherzustellen.

In einer Veranstaltung mit Präsident David Malpass während der Frühjahrstagung 2022 von Weltbank und Internationalem Währungsfonds hob Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze hervor, dass die ärmsten Länder überproportional von Klimawandel, Covid-19-Pandemie, Biodiversitätsverlust sowie Fragilität und Konflikten betroffen seien. Die Stärkung ihrer Resilienz gegen extreme Klimaereignisse sowie gegen Pandemien stellten daher stets auch eine Investition in die Verhütung oder Beilegung von Konflikten dar. Gleichzeitig warb sie für eine noch

¹⁴ Abrufbar unter <https://documents1.worldbank.org/curated/en/844591582815510521/pdf/World-Bank-Group-Strategy-for-Fragility-Conflict-and-Violence-2020-2025.pdf>

¹⁵ Vgl. z.B. die Studie „*Pathways for Peace*“ von Vereinten Nationen und Weltbank aus dem Jahr 2018, abrufbar unter <http://hdl.handle.net/10986/28337>

stärkere Koordinierung der entsprechenden Bemühungen von G7 und multilateralen Akteuren wie der Weltbank.

Afghanistan

In den letzten zwanzig Jahren hatte der von der Weltbank verwaltete Treuhandfonds für den Wiederaufbau Afghanistans (*Afghanistan Reconstruction Trust Fund*, ARTF) wesentlich zur Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Afghanistan beigetragen und damit auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen sichergestellt. Der ARTF, an dem sich Deutschland als drittgrößter Geber beteiligt, fungierte dabei immer auch als Plattform zur Geberkoordinierung sowie als Hebel zur Förderung entwicklungspolitischer Ziele.

Mit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 evakuierte die Weltbank ihre im Land tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Islamabad und Duschanbe. Zudem setzte sie die Zusammenarbeit mit Afghanistan aus. Gleichzeitig verschlechterte sich die humanitäre Lage im Land rapide. Deutschland hat sich mit der Zusage, die afghanische Bevölkerung in der zugespitzten humanitären Notlage weiter zu unterstützen, dafür eingesetzt, im ARTF noch vorhandene Mittel der afghanischen Bevölkerung zukommen zu lassen. Ende 2021 stimmten Geber und das Exekutivdirektorium der Weltbank der Freigabe von Fondsmitteln im Umfang von 280 Mio. USD für Vorhaben zur Ernährungssicherung und Gesundheitsversorgung zu. Mit der Mittelumsetzung im Land wurden die Vereinten Nationen beauftragt,

damit keine Gelder über von den Taliban kontrollierte Regierungskonten fließen. Im März 2022 wurde der Freigabe zusätzlicher Mittel im Umfang von rund 1 Mrd. USD für den Einsatz in den Sektoren Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und Gemeindeentwicklung zugestimmt. Das Engagement im Bildungssektor wurde kurz darauf wieder eingestellt, als die Taliban Ende März 2022 bekannt gaben, Mädchen den Zugang zu Sekundarschulen zu verbieten. Derzeit laufen im Geberkreis Diskussionen, ob und wenn ja, wie das Engagement im Bildungssektor fortgeführt werden soll.

Es steht unzweifelhaft fest, dass die Lage in Afghanistan nach wie vor prekär ist. Mit 25 Mio. Afghaninnen und Afghanen, die in Armut leben, sind rund zwei Drittel der Bevölkerung auf humanitäre Unterstützung angewiesen. Viele der in den letzten Jahren hart erarbeiteten Fortschritte sind zunichtegemacht oder drohen verloren zu gehen.

Lang andauernde Konflikte und die von ihnen betroffenen Menschen dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Deshalb setzt sich Deutschland dafür ein, dass Länder wie Afghanistan auch im Lichte neuer Konfliktherde auf der Agenda bleiben und die Arbeit der Weltbank so weitergeführt wird, dass sie zur Linderung des Schicksals der betroffenen Bevölkerung beitragen kann.

Ukraine

Die Weltbankgruppe hat umgehend auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine reagiert: zum einen durch die

Bereitstellung finanzieller Hilfen und zum anderen mit der Erstellung eines konzeptionellen Rahmens zur Unterstützung der Ukraine. Seit Ausbruch des Krieges hat die Weltbank 13 Mrd. USD¹⁶ – einschließlich Geberzusagen – mobilisiert. Mit diesen Geldern wurden wesentliche staatliche Dienstleistungen aufrechterhalten, um das menschliche Leid und die weitreichenden wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges abzufedern. Im April 2022 legte die Weltbank zudem einen Plan für das künftige Engagement in der Ukraine vor, der drei Phasen vorsieht. Die Entlastungsphase begann unmittelbar nach Kriegsausbruch mit dem Ziel, die Funktionsfähigkeit der Regierung sicherzustellen. Mit dem Ende oder dem Abklingen des Konfliktes wird die Wiederaufbauphase beginnen, die sich auf die Deckung unmittelbarer physischer und wirtschaftlicher Bedürfnisse konzentrieren soll. Die dritte Phase ist dem längerfristigen Wiederaufbau des Landes gewidmet. In ihr sollen Hindernisse beseitigt werden, die das Wachstum und die Entwicklung der Ukraine bereits vor dem Krieg behinderten.

Gemeinsam mit der Ukraine, der EU und weiteren Partnern arbeitet die Weltbank an der Entwicklung

einer detaillierten Schadens-, Verlust- und Bedarfsanalyse (*Damage and Needs Assessment*). Diese soll in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden und eine Grundlage für die internationalen Bemühungen um den Wiederaufbau im Land bieten. Angesichts des hohen Finanzbedarfs der Ukraine von monatlich rund 3 bis 5 Mrd. USD hat die Weltbank zwei schnelle Auszahlungsmechanismen eingerichtet sowie über die IFC Unterstützung für den ukrainischen Privatsektor geleistet. Die Auszahlungsmechanismen bieten Gebern die Möglichkeit, möglichst unbürokratisch und rasch Vorhaben mittels Zuschüssen, Krediten, Garantien und Kofinanzierungen zu unterstützen.

Die Weltbankgruppe ist aufgrund ihrer Finanzierungsinstrumente und Erfahrungen im Bereich fragiler Staaten eine wichtige Akteurin bei der Unterstützung der Ukraine. Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Hilfe möglichst zügig bei der ukrainischen Regierung und Bevölkerung ankommt. Zudem achten wir darauf, dass die Unterstützungsmaßnahmen zwischen der Weltbankgruppe und der Europäischen Union eng abgestimmt werden.

¹⁶ Stand: August 2022

Schulden

Die Covid-19-Pandemie als externer Schock hat dazu beigetragen, dass sich der weltweite Anteil verschuldeter Niedrigeinkommensländer (*Low-Income Countries*, LIC) seit dem Jahr 2015 auf 60 Prozent verdoppelte. Nahezu alle Staaten der Erde wurden durch die Pandemie mit Zusatzkosten, z. B. für Maßnahmen im Gesundheitswesen oder für die soziale Sicherung, konfrontiert. Vorrangig ärmere Länder, die ohnehin über wenig finanziellen Spielraum verfügen, sahen sich gezwungen, die hierdurch entstandenen Haushaltsdefizite über neue Kredite auszugleichen. Hohe Schuldenstände bzw. die Überschuldung eines Staates stellen eine Gefahr für dessen fiskalische Stabilität dar. Dies gilt umso mehr, wenn sich – wie in den letzten Monaten – die Kosten für den Schuldendienst aufgrund steigender Zinsen rapide erhöhen.

Ende des Jahres 2020 hatten die G20¹⁷ mit dem Gemeinsamen Rahmenwerk (*G20 Common Framework*) ein Dokument zur Schuldenbewältigung von Niedrigeinkommensländern vorgelegt. In ihrer Petersberger Erklärung vom 20. Mai 2022 unterstrichen die Finanzministerinnen und -minister sowie Notenbankchefinnen und -chefs der G7 die Dringlichkeit, den *G20 Common Framework* zu überprüfen. Hierbei baten sie Weltbank und Internationalen Währungsfonds um eine intensiviertere Zusammenarbeit. Die G7-

Entwicklungsministerinnen und -minister haben in ihrer Erklärung vom 19. Mai 2022 ihrerseits auf die Gefahr hingewiesen, dass die steigenden Ausgaben für den Schuldendienst vieler Entwicklungsländer deren dringend nötigen Investitionen in den Klimaschutz und für die soziale Sicherung hemmen. Unser Ziel ist weiterhin, dass ein neuer internationaler Konsens zum Schuldenmanagement erreicht wird. Dieser sollte ein rechtlich verbindliches internationales Staateninsolvenzverfahren, das alle Gläubiger miteinbezieht, ebenso beinhalten wie Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Ländergruppen.

Zur Frühjahrstagung 2022 mahnten auch die Weltbank und der Internationale Währungsfonds in einem gemeinsamen Papier unter dem Titel „*Making Debt Work for Development*“¹⁸ konkrete Verbesserungsvorschläge für das Gemeinsame Rahmenwerk an. Darin schlugen sie verlässlichere Verfahren und Fristen, ein Schuldendienstmoratorium während der Verhandlungen, eine klarere Bestimmung und Durchsetzung des Gleichbehandlungsprinzips gegenüber privaten Gläubigern sowie eine Ausweitung des Rahmenwerks auf zusätzliche Ländergruppen vor. Die Weltbank erarbeitete überdies konkrete Vorschläge, wie eine Gleichbehandlung der Schulden von öffentlichen

¹⁷ Die Gruppe der 20 (G20) besteht aus 19 Staaten sowie der Europäischen Union und widmet sich Fragen der globalen Wirtschaft, u. a. zu nachhaltiger Entwicklung, internationaler Finanzstabilität oder Schulden.

¹⁸ Abrufbar unter https://www.devcommittee.org/sites/dc/files/download/Documents/2022-04/Final%20on%20Making%20Debt%20Work_DC2022-0003.pdf

und privaten Kreditgebern erreicht werden kann.¹⁹ Des Weiteren stellte sie mögliche gesetzgeberische Maßnahmen zur stärkeren Beteiligung des Privatsektors an Schuldenrestrukturierungen zur Diskussion.²⁰

Innerhalb der G7 und der G20 besteht weitgehende Einigkeit, dass das Gemeinsame Rahmenwerk aktuell das einzige international anerkannte mögliche Verfahren zur Schuldenrestrukturierung darstellt und – bei allen berechtigten Fragen zu möglichen Effizienzsteigerungen – Zeit bekommen sollte, seine positive Wirkung zu entfalten.

Auf Initiative Deutschlands wurde die unabhängige Evaluierungseinheit der Weltbank (*Independent Evaluation Group*, IEG) beauftragt, eine Analyse der derzeit gültigen Methodologie in den Schuldenfähigkeitsanalysen für Niedrigeinkommensländer (*Low-Income Country Debt Sustainability Framework*) vorzunehmen. Hintergrund hierfür ist die im Fiskaljahr 2023 anstehende periodische Überarbeitung dieser Methodologie von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Besondere Anliegen dabei sind die Vermeidung von zu optimistischen Annahmen in diesen Analysen sowie die Berücksichtigung sozial-

ökologischer Transformationsaufgaben im Rahmen staatlicher Finanzplanungen.

Ein zentraler Bestandteil der Staatsfinanzen auf der Einnahmenseite sind Steuern. Mit einem zeitgemäßen und gerechten Steuersystem werden Staaten in die Lage versetzt, jene Finanzmittel zu generieren, die für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen notwendig sind. Zugleich stellt es ein Instrument dar, das über Umverteilung von Einkommen und Vermögen einen Beitrag zur gerechteren Entwicklung und zur Reduzierung von Ungleichheiten leistet. Wie die Mobilisierung heimischer Finanzmittel (*Domestic Resource Mobilization*, DRM) und eine faire Besteuerung in Entwicklungsländern erfolgen können, ist in der DRM-Strategie der Weltbank niedergelegt. Über die Anreizfunktion von Steuersystemen können auch Klimaziele erreicht werden, zum Beispiel durch die Besteuerung von Kohlendioxidemissionen. Deutschland hat zusammen mit anderen Anteilseignern die Bank ermutigt zu untersuchen, wie Umweltsteuern in Entwicklungsländern zu deren Klimazielen beitragen können und das Risiko der Verminderung von Vermögenswerten durch den Klimawandel reduziert werden kann.

¹⁹ Vgl. <https://documents1.worldbank.org/curated/en/426641645456786855/pdf/Achieving-Comparability-of-Treatment-under-the-G20-s-Common-Framework.pdf>

²⁰ Vgl. <https://documents1.worldbank.org/curated/en/099802006132239956/pdf/IDU0766c0f2d0f5d0040fe09c9a0b7fb0e2d858.pdf>

Feministische Entwicklungspolitik

Feministische Entwicklungspolitik ist als ein neuer politischer Arbeitsschwerpunkt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung definiert worden. Diesen tragen wir über die Tätigkeit des deutschen Exekutivdirektors auch in die Weltbank hinein. Hierbei hilft die bereits etablierte enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Hana Brix, *Global Director* für Gender in der Weltbank. Um ein sektorales Thema wie die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Länderarbeit der Weltbank zu verankern, ist ein intensiver Austausch mit den Länderteams der Bank zentral. Nachdem dies in der Vergangenheit nicht immer systematisch gelang, ist in jüngerer Zeit zu beobachten, dass im Zuge verstärkter bankinterner Kooperation das Thema Geschlechtergerechtigkeit prominenter gesetzt wird.

Derzeit erarbeitet die Weltbank eine neue Gender-Strategie, die im Jahr 2024 implementiert werden soll. Im Zuge der Vorbereitungsphase finden verschiedene Veranstaltungen und Diskussionsrunden unter dem Schlagwort *#AccelerateEquality* statt. Das Jahr 2023 soll den formellen Konsultationen

gewidmet sein. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Konsultationen inklusiv stattfinden. Insbesondere Nichtregierungsorganisationen sowie vielfältige Stimmen von Frauen und Mädchen sowie andere strukturell benachteiligte Gruppen müssen hierbei eingebunden werden.

Zur Erarbeitung einer neuen Strategie gehören auch die Bewertung der aktuellen Strategie und eine Bestandsaufnahme zu deren Ergebnissen. Wenngleich einige Fortschritte zu verzeichnen sind, so zum Beispiel bei der verringerten Müttersterblichkeit, hat die Covid-19-Pandemie auch bei der Gleichberechtigung der Geschlechter zu Rückschritten geführt. Besorgniserregend ist hierbei insbesondere die Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Nach wie vor ungenügend – nicht nur in Entwicklungsländern – ist der gleichberechtigte Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt oder die gerechtere Verteilung der Arbeiten in der häuslichen Fürsorge und Pflege, die deutlich häufiger von weiblichen Haushaltsangehörigen erbracht wird.

Chronik

Jahrestagung 2021

Die Sitzung des Entwicklungsausschusses (*Development Committee*) von Weltbank und Internationalem Währungsfonds fand erstmalig in einem hybriden Format statt. Für Deutschland nahm der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Norbert Barthle, in Washington, D.C. teil. Die Überwindung der Covid-19-Pandemie und der Wiederaufbau nach der Krise waren erneut die bestimmenden Themen. Zahlreiche Gouverneurinnen und Gouverneure bekräftigten die Notwendigkeit multilateraler Zusammenarbeit angesichts globaler Herausforderungen – insbesondere bei Pandemie und Klimawandel, aber zum Beispiel auch beim Verlust an Biodiversität – und drängten auf stärkere Investitionen in Vorsorgemaßnahmen. Die Vorsitzende des Entwicklungsausschusses, Mia Mottley, Premier- und Finanzministerin von Barbados, betonte die Notwendigkeit, in globale öffentliche Güter und in Krisenvorsorge zu investieren.

Weltbank-Präsident David Malpass mahnte, dass die Erholung von den sozialen und wirtschaftlichen Einschnitten durch die Covid-19-Krise zu langsam vorangehe und zu ungleich verlaufe. Er unterstrich die Leistungen der Weltbank bei der

Beschaffung und Verteilung von Impfstoffen und hob die Zusammenarbeit mit COVAX hervor. Er wies gleichzeitig darauf hin, dass die Weltbank nicht nur den Kauf und die Verteilung von Impfstoffen finanziere, sondern über die IFC auch die Impfstoffproduktion in Entwicklungsländern.

Malpass bekannte sich grundsätzlich zur Notwendigkeit, die Maßnahmen der Weltbank so zu priorisieren, dass beim Wiederaufbau nach der Pandemie wie auch bei der Umsetzung des damit eng verbundenen Klimaaktionsplans der Weltbank nachprüfbar Ergebnisse erzielt werden. Entsprechende Forderungen hatte Deutschland gemeinsam mit einer Gruppe gleichgesinnter Staaten im Vorfeld der Tagung wiederholt formuliert. Auf den Appell, Kriterien für diese Priorisierung zu etablieren und systematisch über den Fortschritt bei der Zielerreichung zu berichten, ging Malpass allerdings nicht ein. Mehrfach betonte der Weltbank-Präsident die entscheidende Rolle des Privatsektors für Entwicklungsfortschritte. Zahlreiche Gouverneurinnen und Gouverneure äußerten die Erwartung an ein entsprechend intensiviertes Engagement der Bank. Malpass versicherte daraufhin, dass die Mobilisierung privater Investitionen ein zentrales Anliegen der Bank darstelle.

Kristalina Georgieva, *Managing Director* des Internationalen Währungsfonds, verwies ebenfalls auf die ungleiche Entwicklung bei

Wachstum und Wiederaufbau - sowohl im Vergleich zwischen Ländergruppen als auch innerhalb Bevölkerungsgruppen von Staaten. Grundvoraussetzung für ein wiedererstarkendes Wirtschaftswachstum seien Impfungen gegen Covid-19.

Obwohl die Schuldenkrise in den vorbereitenden Papieren zur Jahrestagung keine zentrale Rolle gespielt hatte, nahm das Thema in den Ausführungen von Malpass und Georgieva breiten Raum an. Malpass unterstrich die Notwendigkeit umfassender Schuldentransparenz, um bedarfsgerechte Unterstützung beim Schuldenmanagement anbieten zu können. Weltbank und Internationaler Währungsfonds hätten mit dem Vorschlag eines Schuldenmoratoriums für überschuldete Entwicklungsländer wegweisend agiert. Mit dem Auslaufen dieses Moratoriums zum Ende des Jahres 2021 gelte es nun, das Gemeinsame Rahmenwerk der G20 umzusetzen. Dabei müssten konkrete Anreize gesetzt werden, damit sich Länder aus dem Teufelskreis der Überschuldung befreien könnten.

In seinem Redebeitrag lobte der Parlamentarische Staatssekretär Norbert Barthle das im Frühjahr 2021 von der Weltbank verabschiedete

Konzept für eine grüne, resiliente und inklusive Entwicklung (*Green, Resilient and Inclusive Development*, GRID). Er forderte von der Bank jedoch konkretere Schritte, um zu messbaren Ergebnissen zu kommen. Seine Forderung nach konkreten Indikatoren für die Umsetzung der GRID-Agenda wie auch des Klimaaktionsplans der Bank wurde von verschiedenen Anteilseignern unterstützend aufgegriffen. Wie zahlreiche andere Gouverneurinnen und Gouverneure forderte Barthle die Bank auf, zur Überwindung der Pandemie die globale Allianz ACT-A²¹ und deren Impfstoff-Komponente COVAX weiter zu stärken. Bei der bevorstehenden zwanzigsten Wiederauffüllung (IDA20) des Unterstützungsfonds für die ärmsten Länder der Welt (*International Development Association*, IDA) müsse ein besonderer Schwerpunkt auf eine gestärkte Krisenvorsorge gesetzt werden. Neben einem stärkeren Einsatz für den Schutz und die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter durch die Weltbank warb der Parlamentarische Staatssekretär für die verstärkte Nutzung von Reformfinanzierungen, insbesondere im Klimabereich. Auf diese Weise könnte die Bank gezielte Anreize setzen, damit Staaten beispielsweise Subventionen für fossile Energieträger abbauen.

²¹ Der *Access to COVID-19 Tools (ACT) Accelerator (ACT-A)* ist ein globaler Zusammenschluss für Entwicklung, Produktion und gleichberechtigten Zugang zu Tests, Behandlungen und Impfstoffen gegen Covid-19. COVAX ist die Säule für Entwicklung, Produktion und Verteilung der Covid-19-Impfstoffe unter dem ACT-A.

Frühjahrstagung 2022

Die Diskussion des Entwicklungsausschusses von Weltbank und Internationalem Währungsfonds war stark geprägt von den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Erstmals in der Geschichte der Bank – und analog zum Internationalen Währungsfonds – konnten sich die Gouverneurinnen und Gouverneure nicht auf ein gemeinsam getragenes Kommuniqué einigen. Mehrere Anteilseigner, allen voran Russland, sprachen sich gegen einen Text aus, der sich in den von ihnen kritisierten Passagen an einer Resolution der Vereinten Nationen orientiert hatte. Während des Wortbeitrags durch den russischen Vertreter verließen Gouverneurinnen und Gouverneure der G7 und einiger EU-Mitgliedstaaten als Zeichen des Protestes gegen den Krieg den Saal. Die norwegische Gouverneurin als nachfolgende Rednerin konterte geschickt den russischen Wortbeitrag und dessen Narrativ, dass die westlichen Sanktionen für weltweit steigende Nahrungsmittelpreise verantwortlich seien.

Bundesentwicklungsministerin Schulze hatte in ihrem vorangegangenen Redebeitrag den russischen Überfall auf die Ukraine deutlich verurteilt. Mit ihrem Vorschlag für ein Bündnis für globale Ernährungssicherheit konnte sie bei ihrer ersten Teilnahme an einer Frühjahrstagung starke Impulse setzen. Mit Blick auf das Thema Klima und Just Transition rief die Ministerin die Bank auf, stärker auf regulative Reformen in den Kundenländern hinzuwirken und bis Ende des Jahres 2022 entsprechende Reformkredit-Vorhaben zu entwickeln. Schließlich forderte sie

die Weltbankgruppe auf, ihr Geschäftsmodell stärker an der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter auszurichten. In diese Richtung hatte auch die uruguayische Vorsitzende des Development Committee argumentiert, deren Rede in der Regel eng mit dem Weltbank-Management abgestimmt ist. Sie erwähnte den von Deutschland im Zuge der IBRD-Kapitalerhöhung im Jahr 2018 maßgeblich mitentwickelten *GPG Fund* als Kern einer solchen Entwicklung.

Weltbank-Präsident David Malpass verwies auf die weltweiten makroökonomischen Herausforderungen, die sich mit steigenden Zinsen, Inflation und überlagernden Krisen ergäben. Er unterstrich, dass diese Trends die Schuldenaufnahme durch Partnerländer zur Finanzierung ihrer Entwicklungsbedürfnisse zunehmend verunmöglichen könnten. Es sei daher nötig, über Schuldenerleichterungen zu sprechen. Kristalina Georgieva, *Managing Director* des Internationalen Währungsfonds, machte deutlich, dass sich der ökonomische Ausblick weiter verdüstert habe. Besorgniserregend sei dabei, dass Niedrigeinkommensländer ein deutlich unterdurchschnittliches wirtschaftliches Pro-Kopf-Wachstum aufwiesen. Sie forderte ebenfalls, die Verschuldungssituation von Entwicklungsländern frühzeitig anzugehen. Der vom Internationalen Währungsfonds im April 2022 aufgelegte *Resilience and Sustainability Trust* (RST) sei ein geeignetes Instrument, um Zahlungsbilanz- und Schuldenkrisen zu vermeiden. Für diesen Fonds lägen bereits Geberzusagen in Höhe von 40 Mrd. USD vor. Deutschland beteiligt sich daran mit 6,3 Mrd. EUR.

G7-Präsidentschaft Deutschlands

Die deutsche G7-Präsidentschaft rückte entwicklungspolitische Themen und damit auch die engere Zusammenarbeit mit der Weltbank deutlich in den Fokus. Unter dem Motto „Fortschritt für eine gerechte Welt“ gab die Bundesregierung ein klares Bekenntnis für ihre Präsidentschaft vor, Entwicklungsländer in Zeiten von Klima- und Ernährungskrise verstärkt unterstützen zu wollen. Eine frühe Zäsur in diesem G7-Jahr stellte der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine dar. Die G7-Staaten verurteilten den russischen Angriffskrieg scharf. Sie sagten dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ihre volle Unterstützung zu in deren Bestrebungen, die Ukraine nach Kräften wirtschaftlich und strukturell zu stärken sowie das Kriegsleid der ukrainischen Bevölkerung zu lindern.

Der enge Schulterschluss der deutschen G7-Präsidentschaft mit der Weltbank zeigte sich unter anderem in der Rede von Weltbank-Präsident David Malpass beim Treffen der G7-Entwicklungsministerinnen und -minister im Mai 2022 sowie mit dessen Teilnahme am G7-Gipfel in Elmau im Juni 2022. In dem von Bundesentwicklungsministerin Schulze initiierten Bündnis für globale Ernährungssicherheit spielt die Weltbank seit Anbeginn eine wichtige Rolle als Unterstützerin. Derzeit erarbeitet die Bank für das

Bündnis mit einem sogenannten *Dashboard* eine digitale Anwendung, welche die Bedürfnisse der Partnerländer und das Engagement der Geber auf einen Blick darstellen soll.

Im Rahmen der *Partnership for Infrastructure and Investment* (PII) unterstützt Deutschland während seiner G7-Präsidentschaft den Ausbau von Infrastruktur in Entwicklungsländern. Um dafür das dringend benötigte Privatkapital zu mobilisieren, hat das Büro des deutschen Exekutivdirektors bei der Weltbank hochrangige Gespräche zwischen der Bundesregierung und der *International Finance Corporation* (IFC) sowie der *Global Infrastructure Facility*²² (GIF) vermittelt. Die IFC finanziert Vorhaben der Privatwirtschaft, beispielsweise im Infrastruktur- und im Klimabereich. Diese werden zum Teil durch die IFC und zum Teil durch den Privatsektor finanziert, sodass sich aus einer Kooperation im Rahmen der PII für beide Seiten eine Vielzahl von Vorteilen ergeben.

Während der deutschen G7-Präsidentschaft wurden zudem die Grundsteine für gerechte Energiewende-Partnerschaften (*Just Energy Transition Partnerships*, JETP) gelegt. Hinter diesen Partnerschaften verbirgt sich ein Modell für die internationale Zusammenarbeit im Energie- und Klimabereich in ausgewählten Schwellenländern. Unter besonderer

²² Die *Global Infrastructure Initiative* (GIF) ist eine weltweite Plattform zur Mobilisierung von Privatkapital für Infrastrukturvorhaben in Entwicklungsländern. Auf Initiative der G20 gegründet, unterstützen neben Deutschland auch Australien, Kanada, China, Dänemark, Japan und Singapur die GIF, die bei der Weltbankgruppe angesiedelt ist.

Berücksichtigung besonders gefährdeter sozialer Gruppen werden der Kohleausstieg und der Ausbau erneuerbarer Energien gefördert. Der Weltbankgruppe fällt hierbei aufgrund ihrer

Erfahrungen im Bereich Kohleausstieg sowie ihrer Finanzkraft eine besondere Rolle zu. Deutschland hat die Weltbankgruppe daher frühzeitig in den Aufbau der Partnerschaften eingebunden.

Weltentwicklungsbericht 2022: „Finance for an Equitable Recovery“

Die Covid-19-Pandemie löste die größte weltweite Wirtschaftskrise in über einem Jahrhundert aus. Neben den gesundheitlichen und sozialen Folgen für die Menschheit schrumpfte die Weltwirtschaft im Jahr 2020 um 3 Prozent. Viele Staaten ergriffen zügig Maßnahmen, um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abzufedern. Diese Gegenmaßnahmen schufen oder verschärften jedoch zugleich häufig auch volkswirtschaftliche und fiskalische Ungleichgewichte. Der diesjährige Weltentwicklungsbericht unter dem Thema „Finanzen für eine gerechte Erholung“²³ nahm die Rolle der Finanzen für die wirtschaftliche Erholung von der Pandemie in den Blick. Hierfür untersuchte er unter anderem die ökonomischen Effekte der

Verschuldung von Privathaushalten, Unternehmen, dem Finanzsektor und Staaten. Neben seinen Analysen spricht der Bericht Empfehlungen insbesondere zum Management von Staatsschulden in der postpandemischen Phase aus. Zudem will er zu einem besseren Verständnis der verwobenen Risiken beitragen, die sich aus der privaten und staatlichen Verschuldung ergeben. Wie jedes Jahr hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gemeinsam mit dem Büro des deutschen Exekutivdirektors im Rahmen von Workshops mit dem Autorenteam des Weltentwicklungsberichts an dessen inhaltlicher Ausrichtung mitgewirkt.

Weltentwicklungsbericht 2023 zu Migration

Derzeit erarbeitet die Weltbank den Weltentwicklungsbericht 2023 zum Thema Migration. Er wird untersuchen, wie sich Migration und Flucht auf Gesellschaften auswirken. In der Diskussion des Exekutivdirektoriums zum Konzept des Berichts wurde

deutlich, dass die Anteilseigner teils sehr spezifische und zudem unterschiedliche Schwerpunkte abgebildet sehen möchten. Gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern haben wir in der Diskussion darauf hingewiesen, dass der Berichtsteil mit den

²³ Abrufbar unter <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/36883/9781464817304.pdf>

politischen Empfehlungen auch zu umstrittenen Themen Position beziehen müsse, um relevant zu sein. Daneben forderten wir, bestehende Lücken in den weltweiten Daten zu Flucht und Migration zügig zu schließen, um ein differenzierteres Bild zu erhalten. Unterstützung anderer Anteilseigner erhielten wir auch für unseren Vorschlag, die Schnittstellen von Klimawandel und Migration ebenso intensiver zu beleuchten wie die Frage der Auswirkungen von

Flucht und Migration auf die Gleichberechtigung der Geschlechter. Einen Anknüpfungspunkt für die Betrachtung der Wechselbeziehungen von Klimawandel und Migration bietet der sogenannte Groundswell-Bericht²⁴ aus dem Jahr 2021. Dieser skizziert, dass bis zum Jahr 2050 aufgrund des Klimawandels Migrations-Krisenherde entstehen könnten, die weltweit bis zu 216 Mio. Menschen zur Migration innerhalb ihres Landes zwingen.

²⁴ Abrufbar unter <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/36248>

Veranstaltungen und Treffen

„A Bank for the World“ - hochrangige Veranstaltung zu globalen öffentlichen Gütern

Gemeinsam mit der entwicklungspolitischen Denkfabrik *Center for Global Development* und Norwegen veranstaltete Deutschland am 8. Oktober 2021 einen hochrangig besetzten Austausch, wie die Weltbank ihr Geschäftsmodell an die bestehenden globalen Herausforderungen anpassen könnte. Inhaltlicher Anknüpfungspunkt war ein Bericht²⁵ des *G20 High-Level Independent Panel*, welche Lehren aus der Covid-19-Pandemie für die Finanzierung einer globalen Pandemievorsorge gezogen werden sollten. Dieser Bericht weist multilateralen Banken eine zentrale Rolle bei Bereitstellung und Schutz globaler öffentlicher Güter zu.

Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär beim BMZ, würdigte die Fortschritte der Weltbank in ihrer Agenda für grüne, resiliente und inklusive Entwicklung, forderte aber auch entschiedeneren Schritte zu deren Umsetzung. Der britische Wirtschaftswissenschaftler Lord Nicholas Stern forderte die Bank und ihre Anteilseigner auf, das Instrumentarium der Weltbank so zu erneuern, dass dieses die notwendigen, massiven Investitionen in globale öffentliche Güter fördere.

Weitere hochkarätige Sprecher wie zum Beispiel der frühere US-Finanzminister Larry Summers und der *Senior Minister* Singapurs, Tharman Shanmugaratnam, unterstrichen, dass die Bank ihr Geschäftsmodell

umstellen müsse. Dieses müsse den länderbasierten Ansatz überwinden hin zu einem stärkeren Fokus der Arbeit auf globale öffentliche Güter. Weitere Diskussionspunkte waren unter anderem Fragen zur korrekten Bepreisung globaler öffentlicher Güter sowie zur effektiven Ausgestaltung einer übergeordneten Aufsicht über die internationale Finanzarchitektur.

Flagship-Event zu Klima und nachhaltiger Entwicklung zur Jahrestagung 2021

Im Vorfeld der Jahrestagung fand am 14. Oktober 2021 eine Flagship-Veranstaltung der Weltbank unter dem Titel *„Making Climate Action Count: Turning Ambition into Reality“* statt. Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller nutzte diese für den Appell, den Wiederaufbau nach der Covid-19-Pandemie noch stärker für nachhaltige Entwicklung zu nutzen. Er unterstrich dabei den dringenden Handlungsbedarf, um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Gleichzeitig kündigte Bundesminister Müller einen zusätzlichen deutschen Beitrag in Höhe von 60 Mio. EUR für die *Green Recovery Initiative* der Weltbank an. Mit dieser Initiative werden vor allem politische Weichenstellungen in Richtung Klimaneutralität in Entwicklungsländern gefördert.

²⁵ Abrufbar unter <https://pandemic-financing.org/report/foreword/>

Deutsches Side-Event zur Klimafinanzierung während der Jahrestagung 2021

Am 18. Oktober 2021 veranstaltete Deutschland ein Side-Event während der Jahrestagung zum Thema „Sustainable Finance: Financing Transition Pathways Towards a 2050 Net Zero Target“. Dr. Jörg Kukies, zu diesem Zeitpunkt Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, berichtete von den deutschen Erfahrungen bei der Ausgabe von grünen Zwillinganleihen.²⁶ Im Anschluss tauschten sich Anshula Kant, *Managing Director* der Weltbank, sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Südafrika, Schweden und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Frage aus, wie der gerechte Übergang

zu kohlenstoffneutralen Gesellschaften gelingen könne. Dabei boten Vertreterinnen und Vertreter von staatlichen Einrichtungen, Energiebetreibern, Nichtregierungsorganisationen und Investoren verschiedene Perspektiven auf die Chancen und Herausforderungen bei dieser umfassenden, weltweiten Transformationsaufgabe.

Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* zwischen BMZ und Weltbank

Am Rande der Jahrestagung 2021 unterzeichneten der Parlamentarische Staatssekretär beim BMZ, Norbert Barthle, und Axel van Trotsenburg, *Managing Director* der Weltbank, ein *Memorandum*



Nach der Unterzeichnung des *Memorandum of Understanding* (v.l.n.r.): Jürgen Zattler (BMZ-Abteilungsleiter), Axel van Trotsenburg (*Managing Director* der Weltbank), Gunther Beger (deutscher Weltbank-Exekutivdirektor), Norbert Barthle (Parlamentarischer Staatssekretär im BMZ).

²⁶ „Grüne Zwillinganleihen“ sind Anleihen, bei denen eine grüne Anleihe mit derselben Laufzeit und demselben Kupon wie eine herkömmliche Anleihe ausgegeben wird. Dabei weist die grüne Anleihe als separate Anleihe ein geringeres Emissionsvolumen auf als die herkömmliche Anleihe.

of *Understanding*. Darin vereinbarten sie eine noch engere Zusammenarbeit bei den Themen Bekämpfung des Klimawandels, Unterstützung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in den Partnerländern sowie Stärkung globaler öffentlicher Güter. Staatssekretär Barthle betonte anlässlich der Unterzeichnung, dass starke Partnerschaften angesichts der weitreichenden Folgen der Covid-19-Pandemie insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern zentral seien. Zudem lobte Barthle die umfangreiche und schnelle Reaktion der Weltbank bei der Krisenbewältigung und unterstrich die Relevanz der Bankengruppe bei der Bekämpfung von Armut, Hunger und Klimawandel.

[Side-Event zu Afghanistan im Rahmen der Frühjahrstagung 2022](#)

Mit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine verschob sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen neuen Konflikt. Damit die schwierige Situation der Menschen in Afghanistan nicht in Vergessenheit gerät, organisierte Deutschland während der Frühjahrstagung 2022 gemeinsam mit der Weltbank eine nicht-öffentliche Veranstaltung unter Beteiligung von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze und Mitgliedern des höheren Weltbank-Managements. Kurz zuvor hatte die Ankündigung der Taliban, Mädchen den Zugang zur Sekundarschule zu verwehren, für internationale Empörung gesorgt.

Um eine möglichst offene Erörterung der heiklen politischen Lage und von Handlungsoptionen zu ermöglichen, wurde ein internes Gesprächsformat gewählt. Im Austausch hob die Bundesentwicklungsministerin hervor, dass die

afghanische Bevölkerung und insbesondere die Frauen und Mädchen im Land nicht im Stich gelassen werden dürften. Es sei jede Anstrengung wert, Wege zu finden, diese direkt und ohne Einfluss der herrschenden Taliban zu unterstützen. Vor allem seien eine enge Koordinierung der Maßnahmen und Einigkeit im Vorgehen im Kreis der internationalen Geber wichtig.

[Austausch zu IFC-Aktivitäten am Rande der Frühjahrstagung 2022](#)

Während der Frühjahrstagung 2022 von Weltbank und Internationalem Währungsfonds traf der Parlamentarische Staatssekretär beim BMZ, Niels Annen, das gesamte Führungsteam der IFC. *Managing Director* Makhtar Diop und *Senior Vice President* Stephanie von Friedeburg führten die IFC-Delegation an. Im Gespräch berichteten sie und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Engagement der IFC bei Klimafinanzierungen in Mitteleinkommensländern, die Förderung der Impfstoffproduktion und die Aktivitäten zur Stärkung der Privatwirtschaft in IDA-Ländern. Der Parlamentarische Staatssekretär Annen unterstrich Deutschlands Interesse an einer intensivierten Zusammenarbeit mit der IFC, insbesondere in den Bereichen Ernährungssicherheit und Klimaschutz.

[IFC-Informationsreise zu grünem Wasserstoff nach Deutschland](#)

Im Frühjahr 2022 lud der deutsche Exekutivdirektor bei der Weltbank den Klimadirektor der *International Finance Corporation* (IFC) zu einer Informationsmission über grünen Wasserstoff nach Deutschland ein. Die Reise fand bereits kurze Zeit

später statt. Sie hatte das Ziel, das deutsche Werben für mehr Klimafinanzierungen bei der IFC mit innovativen Ideen aus Deutschland und Fachgesprächen vor Ort zu untermauern. Hierfür standen Gespräche im Bundesentwicklungsministerium, dem Bundeswirtschaftsministerium und der Privatwirtschaft auf dem Programm. In den

Ministerien wurden mögliche Kooperationsfelder diskutiert. Abgerundet wurde die Informationstour mit Gesprächen bei deutschen Weltmarktführern für grünen Wasserstoff sowie der deutschen Wasserstoff-Plattform zur Förderung des grünen Wasserstoffs, der H2Global Stiftung.



Vivek Pathak (IFC, l.) und Jürgen Zattler (BMZ, r.) beim Gespräch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu grünem Wasserstoff.

Deutsche Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik traf Axel van Trotsenburg

Im Juni 2022 besuchte die Staatssekretärin im Auswärtigen Amt und Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik, Jennifer Morgan, erstmals in ihrer neuen Funktion Washington, D.C. In einem Gespräch mit Axel van Trotsenburg, *Managing Director* der Weltbank, betonte sie die Bedeutung der Weltbank für die internationale Klimafinanzierung. Zudem sei die Bank zentral für die Neuorientierung der Partnerländer hin zu einem klimafreundlichen Entwicklungsmodell. Hierfür bedürfe es ambitionierter Ziele bei der Unterstützung klimafreundlicher Politikreformen sowie bei der Mobilisierung privater Investitionen in den Klimaschutz. Der Klimaaktionsplan der Weltbank für die Jahre 2021 bis 2025 biete hierfür eine solide Basis, die durch konkrete Vorhaben in den Partnerländern mit Leben gefüllt werden müsse.



Axel van Trotsenburg (*Managing Director* der Weltbank, l.), Jennifer Morgan (Staatssekretärin im Auswärtigen Amt), Michael Krake (deutscher Weltbank-Exekutivdirektor, r.).



Prof. Karl Lauterbach (Bundesminister für Gesundheit), Mari Pangestu (*Managing Director* der Weltbank), Michael Krake (deutscher Weltbank-Exekutivdirektor).

Bundesgesundheitsminister Lauterbach konsultierte die Weltbank zur globalen Pandemievorsorge

Während eines Besuchs in Washington, D.C. im Juli 2022 führte Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach ein Gespräch mit Mari Pangestu, *Managing Director* der Weltbank, sowie der Facheinheit für Gesundheitsvorhaben der Bank. Darin bekräftigte er seine Anliegen für verzahnte Strukturen bei den Vorsorge- und Reaktionskapazitäten für Pandemien. Er verwies hierbei auf den im Mai 2022 von den G7-Gesundheitsministerinnen und -ministern verabschiedeten *G7 Pact for Pandemic Readiness*. Dessen Ziel sei es, Pandemieausbrüche schneller zu erkennen und effektiver zu bekämpfen.

Der kurz zuvor bei der Weltbank eingerichtete *Financial Intermediary Fund for Pandemic Prevention, Preparedness and Response* spiele hierbei eine

zentrale Umsetzungsrolle. Ziel dieses Fonds ist es, die Pandemievorsorge und -reaktion auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zu stärken. Hierfür müsse der Fonds auf dem Stand der aktuellen Forschung vor allem auch dezentrale Expertise fördern, damit spezifisch vor Ort auf Ausbrüche von Pandemien reagiert werden könne.

Compact with Africa

Zum *Compact with Africa* (CwA), einer deutschen Initiative zur Förderung privater Investitionen in Afrika, fanden wie bereits im Jahr zuvor zwei hochrangige Treffen der *Africa Advisory Group* statt. Im Rahmen der beiden Veranstaltungen auf Minister-

und Staatssekretäresebene im Oktober 2021 unter Leitung des damaligen Bundesfinanzministers Olaf Scholz und im April 2022 wurde deutlich, dass das Interesse an der Initiative und einer Mitgliedschaft in ihr seitens der afrikanischen Länder weiterhin wächst. Daneben wurde ein Diskussionsprozess zu Reformen im CwA angestoßen. Themen hierbei waren Kriterien für die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten sowie Möglichkeiten, die Instrumente des CwA mit seinen rund 130 Programmen von sieben internationalen Organisationen besser zu koordinieren. Zudem soll der CwA noch stärker mit Initiativen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie zur Stärkung von Unternehmensführung und Innovationen verzahnt werden.

Brown Bag Lunches

Um wichtige Themen sowie inhaltliche Akzente im Diskurs der Weltbank zu setzen, veranstaltet das deutsche Büro in der Weltbank regelmäßig sogenannte *Brown Bag Lunches*.²⁷ Während dieser Informationsveranstaltungen in lockerem Format während der Mittagszeit ermöglichen wir einen Austausch für andere Exekutivdirektorinnen und Exekutivdirektoren sowie ihre Teams mit Expertinnen und Experten aus Universitäten, der Zivilgesellschaft, der Weltbank oder anderen

Entwicklungseinrichtungen, der Wirtschaft sowie von Regierungen. Hierbei achten wir stets darauf, dass auch Sprecherinnen und Sprecher aus Entwicklungs- und Schwellenländern ihre Perspektiven und Erfahrungen einbringen können. Im letzten Fiskaljahr veranstalteten wir sechs solche Mittagsgespräche, die stets regen Anklang fanden. Die Themen waren u. a. mit „Nachverfolgbarkeit in Lieferketten“, „Grüne Pensionsfonds“, „Offenlegung von Klimarisiken in Geschäftsbilanzen“ oder „Privatsektormobilisierung und gerechte Besteuerung“ breit gefächert.

²⁷ „Brown Bag“ (braune Tüte) verweist auf die in den USA genutzten braunen Papiertüten, in denen das Essen – z. B. Sandwiches – häufig mitgebracht wird.



Zahlen, Daten, Fakten

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Überblick: Deutschland in der Weltbankgruppe im Jahr 2022

Gründungsjahr	IBRD 1944	IDA 1960	IFC 1956	MIGA 1988
Kapitalausstattung (FJ 2022)	in Mrd. USD	in Mrd. USD	in Mrd. USD	in Mrd. USD
Bilanzsumme	317,5	220,0	99,0	3,0
Gezeichnetes Kapital	307,1	178,7	23,6**	1,9
Deutscher Anteil (Juni 2022)				
in Mrd. USD (in Prozent)	13,24* (4,31)	28,90 (9,79)	1,15 (5,27)	0,97 (5,04)
Stimmrechte in Prozent	4,10	5,33	5,00	4,14
Stellenrang	4	4	3	3

* Davon wurden 913,3 Mio. USD in die IBRD eingezahlt („paid-in capital“).

** Umfasst langfristige Verpflichtungen für lang- und kurzfristige Finanzierungszusagen der IFC. Beinhaltet keine Mittel, die von anderen Anlegern mobilisiert wurden.

Zusätzlich zahlte Deutschland 386 Mio. USD in Weltbank-Treuhandfonds ein. Die größten Anteile gingen an die *Global Risk Financing Facility* sowie die *Global Partnership for Sustainable and Resilient Landscapes (PROGREEN)*. Überdies zahlte Deutschland 425 Mio. USD in verschiedene *Financial Intermediary Funds* ein. Die größten Einzahlungen erfolgten dabei in die *Global Environment Facility (GEF)* und die *Global Partnership for Education (GPE)*.

	IBRD	IDA	IFC	MIGA
Geschäftstätigkeit (FJ2022)	in Mrd. USD	in Mrd. USD	in Mrd. USD	in Mrd. USD
Neuzusagen	33,1	38,3	12,6	4,9
Auszahlungen	28,2	21,3	13,2	entfällt
WBG-Treuhandfonds		12,2 Mrd. USD		
Anzahl neuer Vorhaben	136	293	233	54

Personalunion

Deutsche Gouverneurin	Bundesministerin Svenja Schulze (BMZ)
Stellvertretender Gouverneur	Staatssekretär Dr. Carsten Pillath (BMF)
Weltbank-Präsident	David Malpass (Vereinigte Staaten von Amerika)
Anzahl der Exekutivdirektoren	25
Deutscher Exekutivdirektor	Michael Krake
Stellv. deutscher Exekutivdirektor	Nikolai Putscher

Personal der Weltbankgruppe

Festangestellte (ohne Lokalkräfte)	ca. 11.000 (Frauenanteil: 44,2 Prozent)
Davon Deutsche	219 (3,2 Prozent)
Lokalkräfte (weltweit)	ca. 6.100
Personal gesamt	ca. 17.000

Deutsches Personal in der Weltbankgruppe

Die Weltbankgruppe beschäftigt knapp 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon rund 11.000 internationale Stabsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Hinzu kommen rund 6.100 Ortskräfte. 64 Prozent des Stabes sind in Washington, D.C. eingesetzt, die restlichen 36 Prozent der Beschäftigten sind in den 143 Länderbüros der Bank tätig.

Internationales Personal nach Institution

	IBRD	IFC	MIGA	GEF	WBG gesamt
Personal gesamt	5.021	1.563	111	68	6.763
Deutsches Personal	169	41	6	3	219
Deutscher Anteil	3,4%	2,6%	5,4%	4,4%	3,2%

Der Anteil der deutschen Beschäftigten am internationalen Stab liegt mit 219 Beschäftigten bei 3,24 Prozent. Unter Einbeziehung der Consultants arbeiten derzeit rund 600 Deutsche bei der Weltbankgruppe. Deutschland bleibt personell damit insgesamt leicht unterrepräsentiert, wenn der Kapitalanteil von gut 4 Prozent als Maßstab herangezogen wird. Im G7-Vergleich liegt Deutschland hinter den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Japan auf dem fünften Platz beim Personal, während wir insgesamt viertgrößter Anteilseigner der Bank sind.

Auf den höheren Managementebenen besetzt Deutschland rund 5 Prozent der Posten für Direktorinnen und Direktoren und 4,3 Prozent der Positionen für Vizepräsidentinnen und

Vizepräsidenten. Auf letztgenannter Ebene ist Deutschland mit Jürgen Vögele (Vizepräsident Nachhaltige Entwicklung), Martin Raiser (Vizepräsident Südasien) und der Deutsch-Schweizerin Anke D'Angelo (Vizepräsidentin und Leiterin der internen Prüfungsabteilung *Group Internal Audit*, GIA) vertreten. Frau D'Angelo wird in den Statistiken der Weltbankgruppe jedoch der Schweiz zugerechnet.

Nach wie vor unterrepräsentiert beim deutschen Personal sind Frauen. Ihr Anteil liegt bei nur 40 Prozent. Im höheren Management sinkt ihr Anteil noch weiter auf magere 15 Prozent. In der Weltbank insgesamt fällt der Frauenanteil beim internationalen Personal mit 44,2 Prozent etwas höher aus.

Der deutsche Exekutivdirektor bei der Weltbankgruppe setzt sich über die Einflussnahme auf hochrangige Personalentscheidungen und die Mitgestaltung der Personalpolitik aktiv für die Steigerung des deutschen Personalanteils ein. Das Büro des deutschen Exekutivdirektors

Internationales Personal im G7-Vergleich

Nationalität	Anzahl	Anteil
Vereinigte Staaten von Amerika	1.368	20,2%
Frankreich	362	5,4%
Vereinigtes Königreich	273	4,0%
Japan	220	3,25%
Deutschland	219	3,24%
Italien	208	3,1%
Kanada	185	2,7%

unterstützt darüber hinaus Interessentinnen und Interessenten sowie Bewerberinnen und Bewerber für Positionen in der Bank durch Beratung und Kontaktvermittlung. Ferner fördert es institutionelle Kontakte, beispielsweise zwischen dem Büro Führungskräfte zu internationalen Organisationen (BFIO) der deutschen Arbeitsagentur und der Personalabteilung der Weltbank. Letztgenannte unternimmt ihrerseits Maßnahmen zur Personalgewinnung in Deutschland.

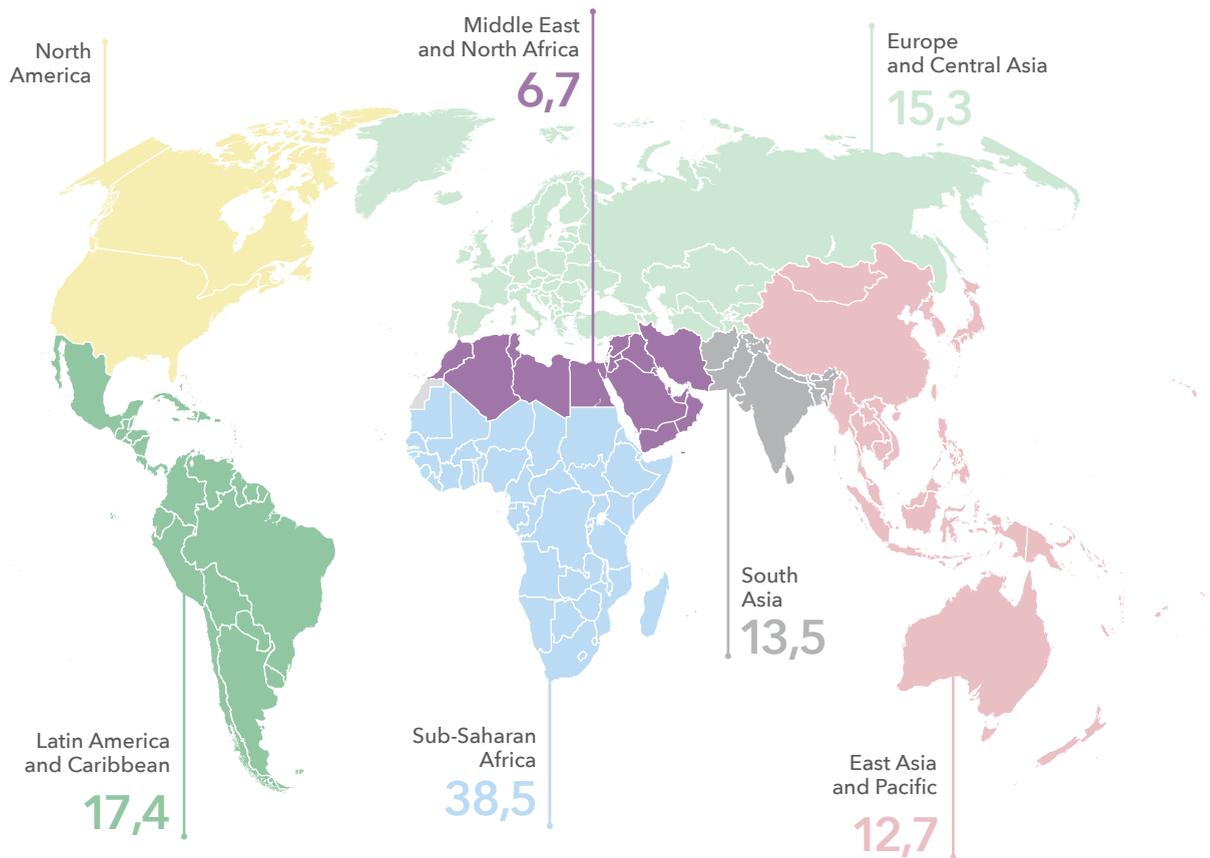
Deutsche Nachwuchskräfte fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) insbesondere über das Programm für *Junior Professional Officers* (JPO). Junge Berufstätige sind im Rahmen dieses Programms für zwei bis drei Jahre auf einer BMZ-finanzierten Stelle in der Weltbank tätig und erhalten so eine exzellente Startposition für einen möglichen Anschlussvertrag. Derzeit sind sechs deutsche JPOs in der Bank im Einsatz.

Das Geschäftsjahr 2022 der Weltbankgruppe

Die folgenden Seiten bieten einen Überblick über die Geschäftsergebnisse der Weltbankgruppe im

Fiskaljahr 2022. Detailliertere Informationen finden Sie im Jahresbericht 2022 der Weltbank.²⁸

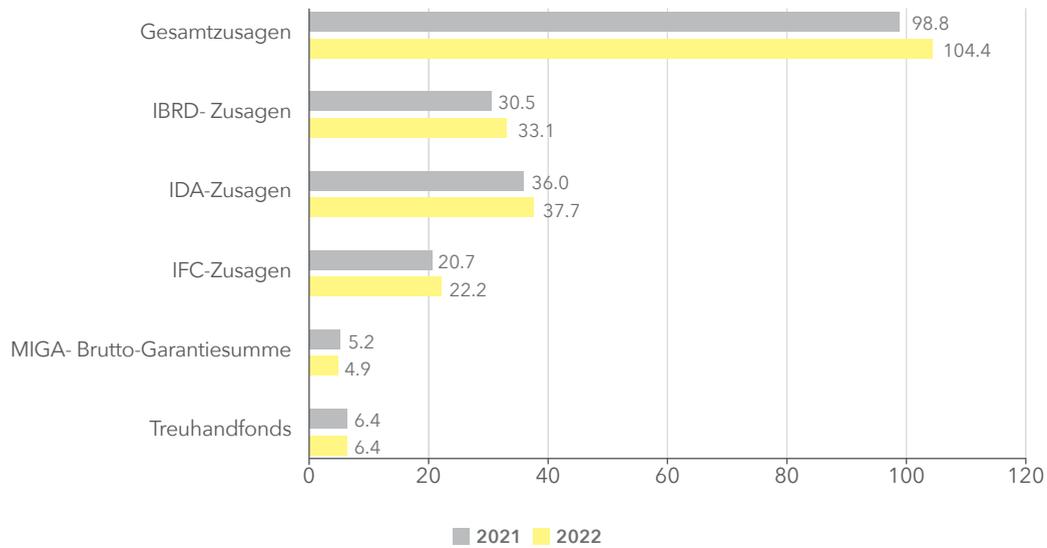
Zusagen der gesamten Weltbankgruppe in Mrd. USD im Jahr 2022



Quelle: Weltbank

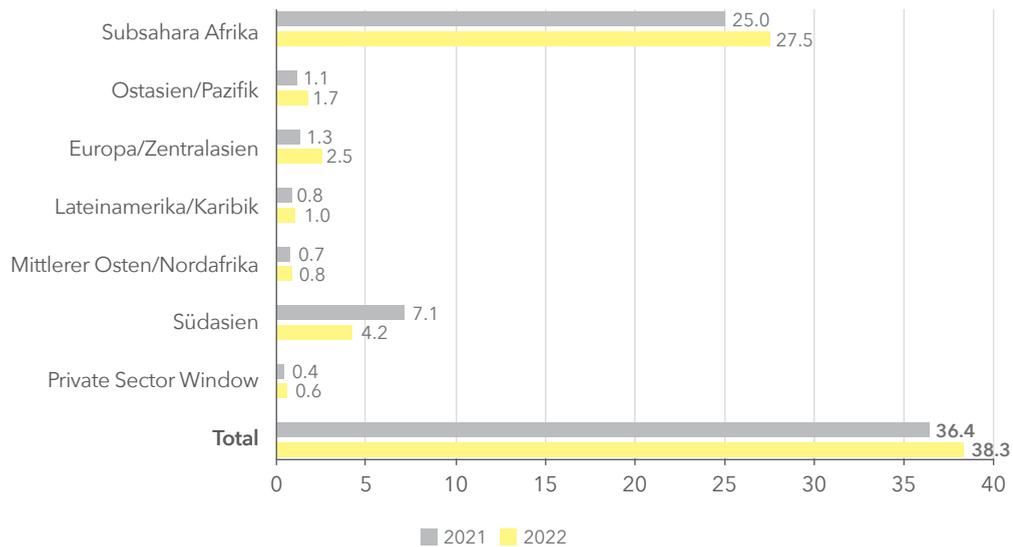
²⁸ Die Jahresberichte der Weltbank sind abrufbar unter <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/2127>

Zusagen nach Institution in Mrd. USD im Jahresvergleich 2021/2022

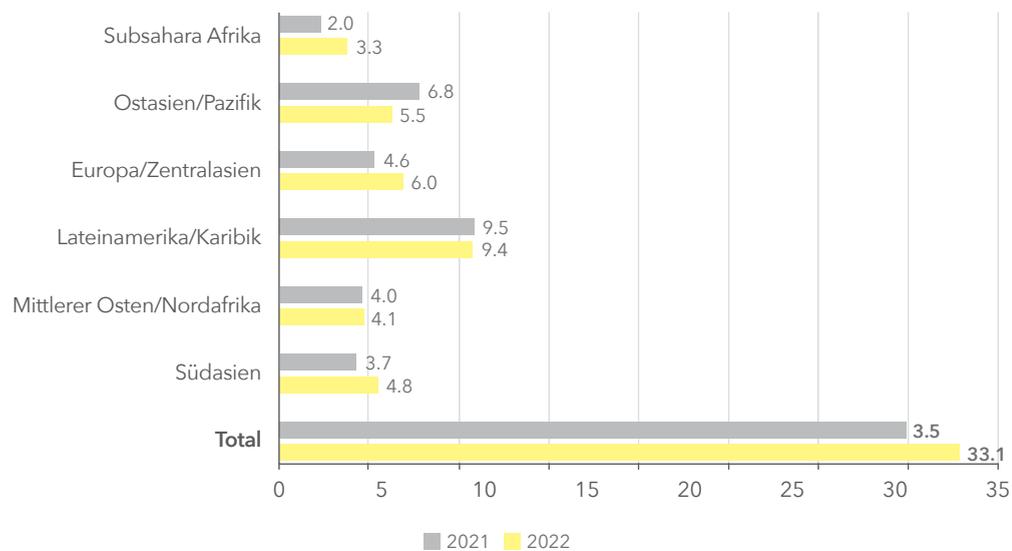


Regionale Zusagen in Mrd. USD im Jahresvergleich 2021/2022

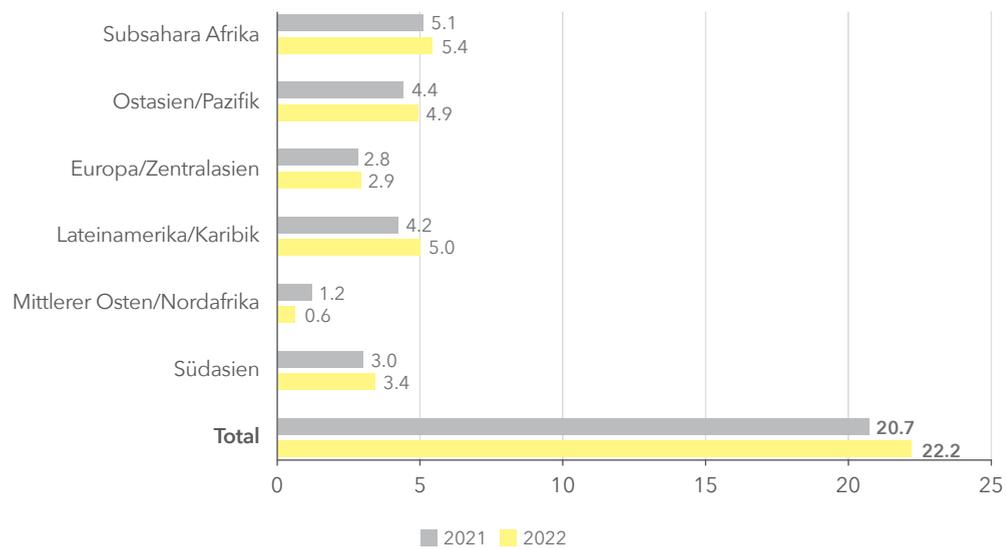
IDA



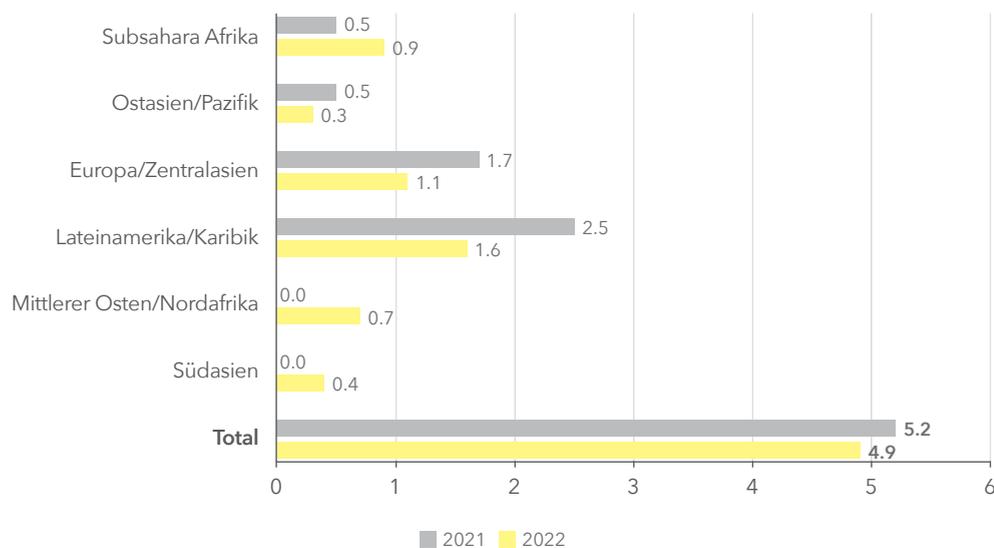
IBRD



IFC



MIGA



Zusagen nach Sektoren in Mrd. USD im Jahr 2022

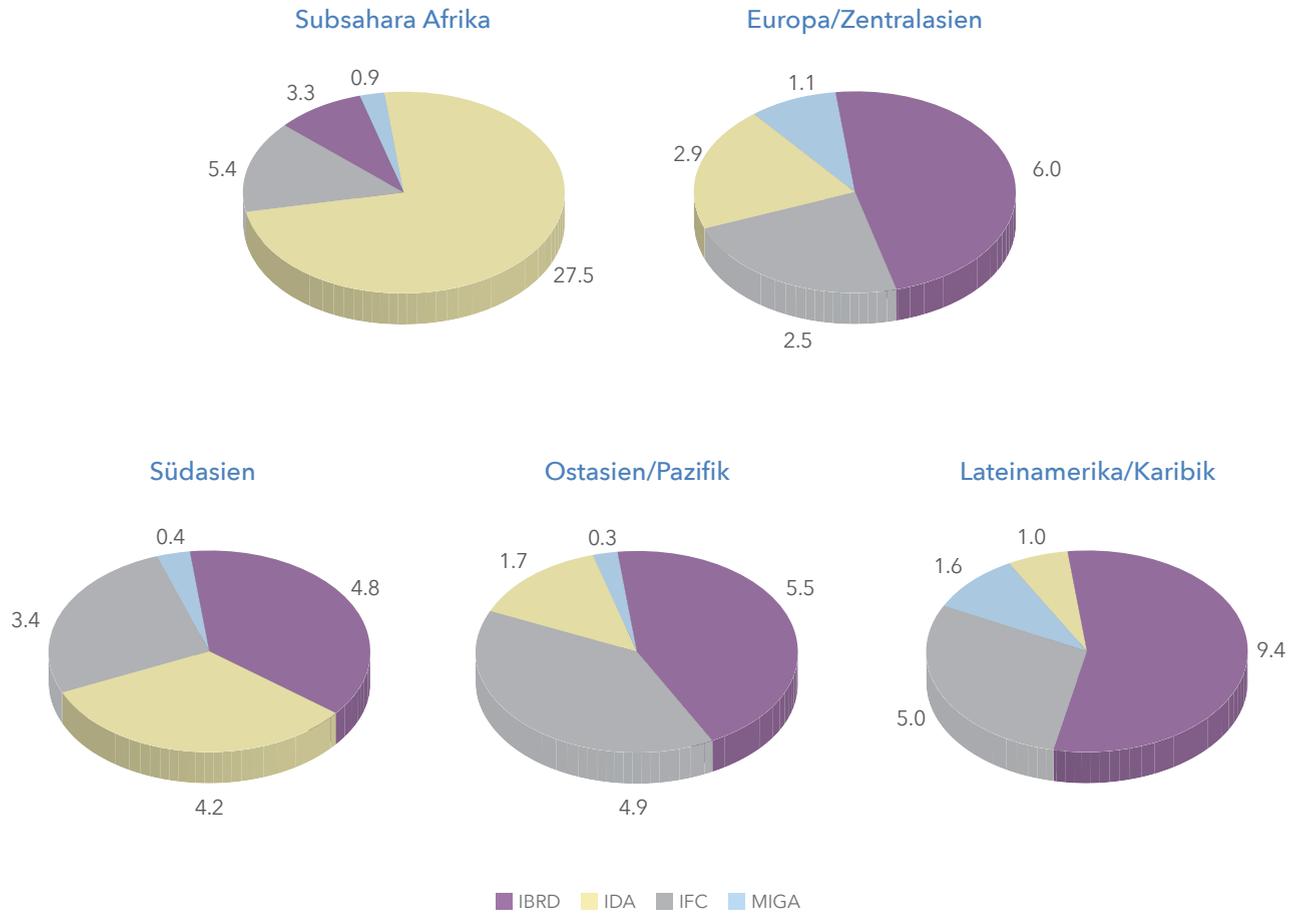
IDA

Sektor	Mrd. USD	Anteil
Transport	6,3	16%
Stärkung urbaner/ländlicher Resilienz	4,8	12%
Gesundheit, Ernährung, Bevölkerung	3,8	10%
Energie und Bergbau	3,6	9%
Soziale Sicherheit	3,0	8%
Wirtschaftspolitik	2,8	7%
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	2,6	7%
Governance und öffentlicher Sektor	2,5	7%
Wasser	2,4	6%
Bildung	2,2	6%
Finanzmanagement	1,9	5%
Umwelt	1,4	4%
<i>Private Sector Window</i>	0,6	2%
Armutsbekämpfung	0,4	1%

IBRD

Sektor	Mrd. USD	Anteil
Wirtschaftspolitik	7,7	23%
Gesundheit, Ernährung, Bevölkerung	5,8	18%
Stärkung urbaner/ländlicher Resilienz	2,9	9%
Transport	2,8	8%
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	2,7	8%
Energie und Bergbau	2,0	6%
Soziale Sicherheit	1,8	6%
Umwelt	1,6	5%
Finanzmanagement	1,4	4%
Wasser	1,3	4%
Bildung	1,2	4%
Governance und öffentlicher Sektor	1,0	3%
Armutsbekämpfung	0,9	3%

Regionale Zusagen in Mrd. USD im Jahr 2022 nach Institutionen



Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/ *International Development Association (IBRD)*

Die 1944 gegründete IBRD ist die älteste Institution der Weltbankgruppe und umfasst 189 Mitgliedstaaten. Deutschland verfügt als viertgrößter Anteilseigner aktuell über einen Kapitalanteil von 4,31 Prozent und ein Stimmgewicht von 4,10 Prozent im IBRD-Exekutivdirektorium.

Die Zusagen der IBRD beliefen sich im Fiskaljahr 2022 auf 33,1 Mrd. USD. Dies entspricht einer Steigerung um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2021: 30,5 Mrd. USD). Die Auszahlungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr (23,7 Mrd. USD) um knapp 19 Prozent auf 28,2 Mrd. USD an.

Der Jahresüberschuss, den die IBRD erwirtschaftet, ergibt sich maßgeblich aus Kreditzinsen und Gebühren sowie der Verzinsung des Eigenkapitals. Dieser konnte im Fiskaljahr 2022 auf knapp 4 Mrd. USD gesteigert und damit gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt werden. Aus dem Überschuss wurden 589 Mio. USD in die Rücklagen überführt. Gemäß einer seit Herbst 2016 bestehenden Transferformel wurden am Ende des Fiskaljahres 117 Mio. USD aus dem IBRD-Jahresüberschuss an die *International Development Association* (IDA) übertragen. Im Fiskaljahr 2021 hatte dieser Übertrag noch bei 338 Mio. USD gelegen. Grund für dessen Rückgang in diesem Jahr sind gegenüber dem Vorjahr erhöhte Rückstellungen für Kreditverlustrisiken in der Bilanz der IBRD, da sich das Zahlungsausfallrisiko einiger Mitglieder erhöht hat.

Neben der vorgezogenen zwanzigsten IDA-Wiederauffüllung im Dezember 2021 bildet die

IBRD-Kapitalerhöhung des Jahres 2018 noch immer eine wichtige Grundlage für die Bank, um großvolumig, schnell und effektiv auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sowie des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine reagieren zu können. Zudem wurden im Fiskaljahr 9,5 Mrd. USD aus dem IBRD-Krisenpuffer mobilisiert, der im Zuge der Kapitalerhöhung eingerichtet worden war. Zur Finanzierung der Krisenreaktion im Fiskaljahr 2023 stimmte das Exekutivdirektorium dem erneuten Rückgriff auf Mittel aus dem IBRD-Krisenpuffer ebenso zu wie dem Übertrag von Finanzmitteln in Höhe von 4,5 Mrd. USD aus dem vorangegangenen Jahr.

Aufgrund nach wie vor erhöhter Kosten bei der Umsetzung des Covid-19-Maßnahmenpakets und des Unterstützungspakets für die Ukraine stimmte das Exekutivdirektorium einer realen Erhöhung des IBRD-Verwaltungshaushaltes um 1,1 Prozent zu. Gleichzeitig ermunterte das Exekutivdirektorium die Bank, in ihrem Verwaltungshaushalt auch künftig zusätzliche Spar- und Effizienzanstrengungen zu unternehmen.

Die Dienstreisetätigkeit des Bankpersonals liegt nach wie vor lediglich auf einem Drittel des Niveaus aus der Zeit vor der Covid-19-Pandemie. Die - trotz neuer technischer Möglichkeiten - damit einhergehende verringerte Beaufsichtigung von Vorhaben stellt weiterhin ein Risiko in der Projektumsetzung sowie für die Einhaltung der geltenden Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank dar.

Internationale Entwicklungsorganisation/ International Development Association (IDA)

Die IDA vereint 174 Mitgliedstaaten, wobei Deutschland mit 9,79 Prozent den viertgrößten Kapitalanteil hält. Der deutsche Stimmrechtsanteil im IDA-Exekutivdirektorium liegt bei 4,94 Prozent. Aus den Mitteln der IDA erhalten die am wenigsten entwickelten Länder der Welt konzessionäre Kredite²⁹ und Zuschüsse für Entwicklungsvorhaben.

Die Neuzusagen der IDA lagen im Fiskaljahr 2022 bei 38,3 Mrd. USD. Damit konnte sie ihr Zusagevolumen um 5,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2021: 36,4 Mrd. USD) steigern. Die Auszahlungen fielen mit 21,3 Mrd. USD um 7 Prozent geringer als im Vorjahr (2021: 22,9 Mrd. USD) aus.

Alle drei Jahre werden die IDA-Finanzmittel wiederaufgefüllt. Die für das Jahr 2022 geplante zwanzigste Wiederauffüllung (IDA20) wurde aufgrund des hohen Finanzbedarfs in den Partnerländern durch die Covid-19-Pandemie ein Jahr vorgezogen. Der Abschluss der Verhandlungen und die Zusagen durch die Geber erfolgten im Dezember 2021.

Mit einem Zusagevolumen in Höhe von 93 Mrd. USD für IDA20 konnte das historische IDA19-Volumen im Umfang von 82 Mrd. USD noch einmal deutlich gesteigert werden. Die Wiederauffüllung setzte damit ein starkes Zeichen globaler Solidarität in Zeiten einer beispiellosen Krise. Deutschland

beteiligt sich mit einer Einzahlung von über 1,6 Mrd. EUR und bleibt damit ein zuverlässiger und der insgesamt viertgrößte Geber. Größter Einzahler sind erstmals die Vereinigten Staaten von Amerika, gefolgt von Japan und dem Vereinigten Königreich. Die Gesamtvolumina der IDA20-Zusagen konnten auch durch Maßnahmen zur Bilanzoptimierung erhöht werden. In den Diskussionen um das Finanzierungsmodell der IDA hat sich Deutschland erfolgreich für die stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten sowie der Schuldentragfähigkeit bei der Darlehensvergabe eingesetzt.

Als übergreifendes Thema für den zwanzigsten IDA-Zyklus wurde *„Building Back Better from the Crisis: Towards a Green, Resilient and Inclusive Future“*³⁰ gewählt. Während der Verhandlungen zu dessen inhaltlicher Ausrichtung ist es Deutschland gelungen, wesentliche politische Anliegen zu verankern, vor allem in den Bereichen Klima und Biodiversität, Krisenvorsorge, Geschlechtergerechtigkeit und Bekämpfung von Ungleichheit. Hierfür hatten wir unter anderem mit weiteren gleichgesinnten Geberländern sechs gemeinsame Positionspapiere in die Verhandlungen eingebracht.

In den Verhandlungen im Klimabereich erreichte Deutschland eine stärkere Einbeziehung der gemäß dem Pariser Klimaabkommen zu entwickelnden

²⁹ Konzessionäre Kredite sind besonders zinsgünstige Darlehen.

³⁰ Der Abschlussbericht zur 20. IDA-Wiederauffüllung ist abrufbar unter <https://documents1.worldbank.org/curated/en/163861645554924417/pdf/IDA20-Building-Back-Better-from-the-Crisis-Toward-a-Green-Resilient-and-Inclusive-Future.pdf>

Langfriststrategien und ein höheres Ambitionsniveau für die Unterstützung der nationalen Klimabeiträge (*Nationally Determined Contributions, NDCs*). Durch den Wiederbeitritt der Vereinigten Staaten von Amerika konnte im Dokument zudem stärker auf das Pariser Klimaabkommen Bezug genommen werden. Wir konnten uns erfolgreich dafür einsetzen, dass die Relevanz von Natur und Biodiversität stärker in IDA-Vorhaben berücksichtigt wird. So werden zum Beispiel eine Methode für die Bemessung von bankeigenen Investitionen in Biodiversität und Natur (sogenannte „*co-benefits*“) erarbeitet und mehrere Indikatoren eingeführt, die erfassen, wie IDA-Vorhaben zur Stärkung der Biodiversität beitragen.

Die Einführung des Querschnittsthemas „Krisenvorsorge“ sowie dessen Umsetzung in der Länderarbeit im neuen IDA-Zyklus gehen ebenfalls auf deutsche Initiative zurück. Hierfür sind zudem die relevanten Analyse- und Finanzierungsinstrumente gestärkt worden.

Auf Deutschlands Bestreben wurden die IDA-Spezialthemen „Arbeitsplätze und wirtschaftliche Transformation“ (*Jobs and Economic Transformation, JET*) sowie „Regierungsführung und Institutionen“ (*Governance and Institutions*) weiterentwickelt. Mittels zusätzlicher Wirkungsindikatoren wird nun in IDA20-Vorhaben gemessen, welche Effekte diese hinsichtlich der Beseitigung von Ungleichheit, progressiver Besteuerung sowie besserer wirtschaftlicher Teilhabe haben.

Ein Meilenstein zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Frauen in IDA-Ländern ist die auch von Deutschland vorangetriebene Verankerung von sexueller Gesundheit und Familienplanung in den IDA20-Politikverpflichtungen. Daneben konnten wir erreichen, dass bei der Wirtschaftsförderung sowohl stärker auf die Gleichberechtigung der Geschlechter geachtet wird als auch auf die verbesserte Durchsetzung der Rechtsansprüche von Frauen, etwa bei Landrechten.

Internationale Finanz-Corporation/ *International Finance Corporation (IFC)*

Die IFC ist der Privatsektorarm der Weltbankgruppe, der Investitionen in private Unternehmen in Entwicklungsländern finanziert. Ihr gehören 186 Mitgliedstaaten an. Deutschland als drittgrößtes Mitglied hält einen Kapitalanteil von 5,27 Prozent und besitzt ein Stimmgewicht von 5 Prozent im IFC-Exekutivdirektorium.

Die IFC hat große Wachstumspläne. Um die Ziele, die im Rahmen der Kapitalerhöhung vereinbart wurden, zu erreichen, soll die Anzahl der jährlichen IFC-Investitionen von 300 auf 900 ansteigen. Um dies mit nur leicht steigenden Personalausgaben umzusetzen, sind Effizienzsteigerungen und schlankere Prozesse notwendig. Diese Anliegen wurden im Rahmen des Pandemie-Finanzierungspaketes (*Covid-19-IFC Fast Track Facility*) erstmals pilotiert. Die gemachten positiven Erfahrungen haben die IFC und das Exekutivdirektorium der Weltbankgruppe für die Entwicklung eines themenbezogenen Plattform-Ansatzes genutzt, welcher im Fiskaljahr 2022 genehmigt wurde. Aus der Sicht des Exekutivdirektoriums ist das wichtigste Element der Plattformen die Delegation von Genehmigungskompetenzen an das IFC-Management und das wichtigste Ziel die Reduzierung der Vorbereitungsdauer von IFC-Investitionsvorhaben. Die Relevanz des neuen Ansatzes wurde durch die Vorlage der ersten Handelsfinanzierungsplattform für Afrika in Höhe von 1 Mrd. USD nur wenige Tage nach der Genehmigung des Plattform-Ansatzes deutlich. In Kürze erwarten wir weitere milliardenschwere Plattform-Vorhaben, die beispielsweise der verbesserten Ernährungssicherheit oder dem Ausbau erneuerbarer Energien dienen sollen.

Deutschland setzt sich im IFC-Board weiterhin für eine Stärkung von Klimafinanzierungen ein. Sehr erfreulich ist, dass die IFC bereits ihre Zielmarke erreichen konnte, 30 Prozent ihrer Mittel für die Klimafinanzierung einzusetzen. Im Klimaaktionsplan der Weltbank hat sich die gesamte Weltbankgruppe – und damit auch die IFC – verpflichtet, alle neuen Finanzierungen ab dem Jahr 2025 komplett an den Pariser Klimazielen auszurichten (sogenanntes „*Paris Alignment*“). Im Jahr 2023 sollen es in einem Zwischenschritt 80 Prozent sein. Die IFC leiht in großem Umfang Mittel an Banken aus, die wiederum Kredite an ihre Kunden ausreichen. Aus diesem Grunde war für die IFC die Entwicklung einer Methodologie für das *Paris Alignment* bei Ausleihungen an Banken besonders bedeutsam. Obwohl die Erarbeitung gerade erst in diesem Jahr abgeschlossen wurde, konnte die IFC bereits bestätigen, dass sie die vereinbarten Ziele des *Paris Alignment* auch in ihrem Bankenportfolio erreichen wird.

Wirtschaftlich ist die IFC im Fiskaljahr 2022 mit Finanzierungen im Gesamtvolumen von 32,8 Mrd. USD weiter gewachsen. In diesem Volumen sind auch die aus dem Privatsektor mobilisierten Finanzmittel enthalten. Langfristige IFC-Finanzierungen, die für die wirtschaftliche Entwicklung und den Aufbau von neuen Märkten in Entwicklungsländern am wichtigsten sind, wurden in Höhe von 12,6 Mrd. USD vergeben.

Die IFC konnte im zurückliegenden Geschäftsjahr gute Erträge im Darlehens- und Beteiligungsgeschäft

vorweisen. Dennoch hat sich ihr buchmäßiges Jahresergebnis in den letzten Monaten des Fiskaljahres 2022 aufgrund stark steigender Zinsen in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Abwertung vieler Währungen gegenüber dem US-Dollar von einem Gewinn in einen Verlust in Höhe von 464 Mio. USD gewandelt. Es wird allerdings damit gerechnet, dass diese entstandenen Buchverluste in den kommenden Jahren wieder aufgeholt werden können.

Zum Ende des Fiskaljahres gab *Senior Vice-President* Stephanie von Friedeburg bekannt, dass sie nach einer dreißigjährigen Karriere innerhalb der Weltbankgruppe Mitte Juli 2022 in Rente gehe. Sie leitete in den letzten Jahren alle Finanzierungs- und Beratungsaktivitäten der IFC. Ihre Stelle soll in dieser Form nicht weitergeführt werden. Stattdessen sollen künftig alle regionalen Vizepräsidentinnen und -präsidenten direkt an Makhtar Diop, den *Managing Director* der IFC, berichten.

Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur/ *Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA)*

Ziel der MIGA ist die Förderung ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Hierfür federt sie mittels Garantien und Versicherungslösungen politische Verlustrisiken für internationale Investoren ab. Deutschlands Kapitalanteil beträgt 5,04 Prozent, wobei der Stimmrechtsanteil bei 4,14 Prozent liegt. Die MIGA hat 182 Mitgliedsländer.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde die MIGA-Strategie für die Fiskaljahre 2021 bis 2023 weiter umgesetzt. Die Strategie verfolgt die Ziele, jährlich neue Garantien im Umfang von 5,5 bis 6 Mrd. USD auszugeben, den Anteil der IDA- und fragilen Länder am MIGA-Portfolio auf 30 bis 33 Prozent zu steigern sowie den Anteil der Garantien, die Klimazielen dienen, auf rund 35 Prozent zu erhöhen.

Die Zielsetzung der aktuellen MIGA-Strategie konnte im zurückliegenden Fiskaljahr nicht vollumfänglich erreicht werden. Aufgrund der Covid-19-Pandemie, neu hinzugetretener Risiken durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und einer weltweit steigenden Inflation ist ein erheblicher Abfluss ausländischer Direktinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern zu verzeichnen. Die MIGA-Garantien sind ein wichtiges Instrument, um privates Kapital in diesen Ländern zu halten oder Rückflüsse dorthin einzuleiten.

Im Fiskaljahr 2022 konnten mit Garantien im Umfang von 4,9 Mrd. USD (Vorjahr: 5,2 Mrd. USD) insgesamt 1,5 Mrd. USD an Krediten für kleine und mittlere

Unternehmen abgesichert und rund 27,3 Mrd. USD privates Kapital mobilisiert werden. Dabei wurden gemäß dem im Frühjahr 2021 von der Weltbank verabschiedeten *Green, Resilient and Inclusive Development*-Ansatz auch in den MIGA-Produkten verstärkt Aspekte einer grünen, resilienten und inklusiven Entwicklung berücksichtigt. Rund 59 Prozent der im Fiskaljahr 2022 neu vergebenen MIGA-Garantien wiesen einen Klimabezug auf. Durch sie wurden Treibhausgasemissionen im Umfang von rund 1,6 Mio. Tonnen vermieden.

Künftig wird sich die Tätigkeit der MIGA stärker auf IDA-Länder und dabei insbesondere auf fragile und von Konflikten betroffene Länder konzentrieren. Nachdem im Vorjahr rund 50 Prozent der Garantien in diese Länder vergeben wurden, waren es im Fiskaljahr 2022 48 Prozent. Deutschland behält dabei im Auge, dass eine stärkere Ausrichtung des Geschäfts auf diese Länder mit höhere Risiken verbunden ist.

Auch im MIGA-Geschäft spiegelt sich die Unterstützung der Weltbankgruppe für die Ukraine. So sollen zunächst vor allem kurzfristige Handelsfinanzierungen für wichtige Rohstoffe dazu beitragen, die ukrainische Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Für die kommenden Jahre plant die MIGA zudem bereits jetzt Instrumente, mit denen der immense Bedarf für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Ende des Krieges finanziert werden kann.

Das Büro des deutschen Exekutivdirektors



Michael Krake
Exekutivdirektor (seit April 2022)



Gunther Beger
Exekutivdirektor (bis März 2022)



Nikolai Putscher
Stellvertretender Exekutivdirektor



Matthias Meis
Senior Advisor (bis Juni 2022)



Christian Thiel
Advisor



Philipp Hauger
Advisor



Miriam Golan
Advisor



Dagmar Lohan
Advisor



Philipp Sewing
Advisor



Silke Heuser
Advisor



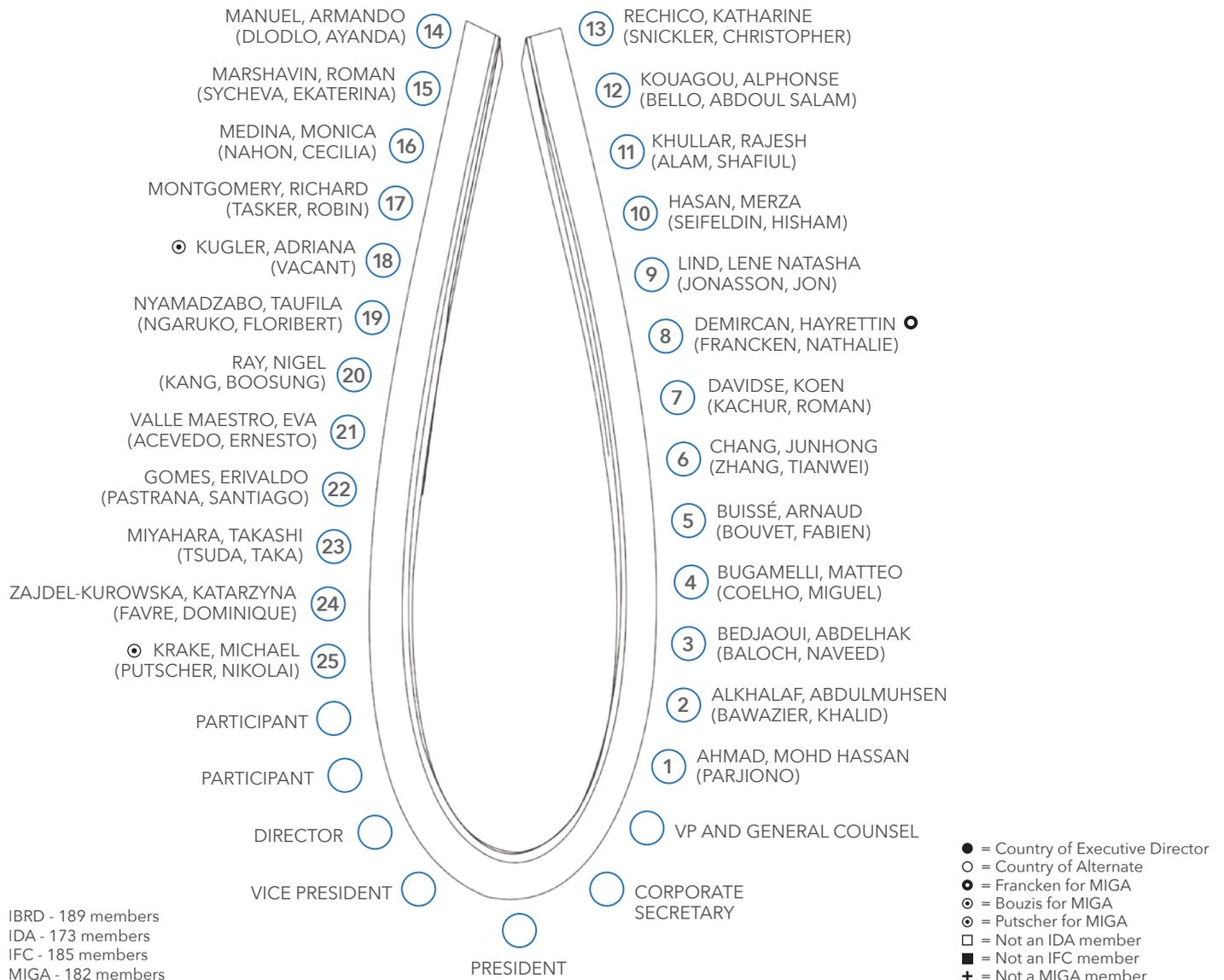
Stefanie Herb
Team-Assistentin



Jana Coto
Team-Assistentin

Zusammensetzung und Stimmrechtsgruppen des Exekutivdirektoriums

BANK/IDA/IFC/MIGA



1. Brunei Darussalam + Romania
- **Indonesia**
- Laos
- **Malaysia**
- Myanmar
- Nopal
- Singapore
- Thailand
- Tonga +
- Vietnam
2. **Saudi Arabia**
3. Afghanistan
- **Algeria**
- Ghana
- Iran
- Morocco
- **Pakistan**
- Tunisia
4. Albania
- Greece
- **Italy**
- Malta
- **Portugal**
- San Marino +
- Timor-Leste
5. France
6. China
7. Armenia
- Bosnia and HerzegoVina
- Bulgaria
- Croatia
- Cyprus
- Georgia
- Israel
- Moldova
- Montenegro
- **Netherlands**
- North Macedonia
8. Austria
- Belarus
- **Belgium**
- Czech Republic
- Hungary
- Kosovo
- Luxembourg
- Slovak Republic
- Slovenia
- **Turkiye**
9. Denmark
- Estonia
- Finland
- Iceland
- Latvia
- Lithuania
- **Norway**
- **Sweden**
10. Bahrain
- **Egypt**
- Iraq
- Jordan
- **Kuwait**
- Lebanon
- Libya
- Maldives
- Oman
- Qatar
- United Arab Emirates
- Yemen
11. ○ **Bangladesh**
- Bhutan
- **India**
- Sri Lanka
12. ● **Benin**
- Burkina Faso
- Cameroon
- Cabo Verde
- Central African Rep.
- Chad
- Comoros
- Congo, Dem. Rep. of
- Congo, Rep. of
- Côte d'Ivoirn
- Djibouti
- Equatorial Guinea
- Gabon
- Guinea
- Guinea-Bissau
- Madagascar
- Mali
- Mauritania
- Mauritius
- **Niger**
- Sao Tome & Principe
- Senegal
- Togo
13. Antigua and Barbuda
- Bahamas, The
- Barbados
- Belize
- **Canada**
- Dominica
- Grenada
- **Guyana**
- Ireland
- Jamaica
- St. Kitts and NeVis
- St. Lucia
- St. Vincent & the Grenadines
14. ● **Angola**
- Nigeria
- **South Africa**
15. **Russia**
- Syria
16. ○ **Argentina**
- BoliVia
- Chile
- Paraguay
- **Peru**
- Uruguay
17. **United Kingdom**
18. **United States**
19. ● **Botswana**
- **Burundi**
- Eritrea
- Eswatini
- Ethiopiai
- Gambia, The
- Kenya
- Lesotho
- Liberia
- Malawi
- Mozambique
- Namibia
- Rwanda
- Seychelles
- Sierra Leone
- Somalia
- South Sudan
- Sudan
- Tanzania
- Uganda
- Zambia
- Zimbabwe
20. ● **Austrolio**
- Cambodia
- Kiribati +
- **Korea, Republic of**
- Marshall Islands +
- Micronesia
- Mongolia
- Nauru +
- New Zeland
- Palau
- Papua New Guinea
- Samoa
- Solomon Island
- Tuvalu +
- Vanuatu
21. Costa Rica
- El Salvador
- Guatemala
- Honduras
- **Mexico**
- Nicaragua
- **Spain**
- Venezuela
22. ● **Brazil**
- **Colombia**
- Dominican Republic
- Ecuador
- Haiti
- Panama
- Philippines
- Suriname
- Trinidad & Tobago
23. **Japan**
24. Azerbaijan
- Kazakhstan
- Kyrgyz Republic
- **Poland**
- Serbia
- **Switzerland**
- Tajikistan
- Turkmenistan
- Uzbekistan
25. **Germany**

Weltbank-Mitarbeiterin des Jahres: Tammy

Am Hauptsitz der Weltbank in Washington, D.C. ist eine junge Hundedame an zentraler Stelle für die Sicherheit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich im Einsatz. Ihr Name: Tammy.

Obwohl erst fünf Jahre alt, ist sie bereits seit einigen Jahren als Spezialistin im Aufspüren von Sprengstoffen aller Art in der Bank tätig. Für ihre verantwortungsvolle Aufgabe ist die Labrador-Dame dank einer in ihrer Jugend erfolgreich durchlaufenen 24-wöchigen Ausbildung hochqualifiziert. Mit ihrer freundlichen Art ist sie zudem nicht nur beim deutschen Team, sondern bankweit eine äußerst geschätzte Kollegin.

Fazit: Diese Hunde-Frau ist wau!



Tammy

